

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition **Johannstraße 50**, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzusatz **Nr. 4088 z. B.** Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergelassene Zeitspalt oder deren Raum **15 Pfg.** (für Serfaunmänge, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.**) Interate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Sonntags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 70.

Di-nstag, den 24. März 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 21. März 1903.

Der Reichstag hatte sich am Sonnabend bereits um 10 Uhr zu löblichem Thun versammelt, um gleich der festsitzigen Nachlese auf dem ziemlich abgeruteten Felde, nämlich des Etats, zu halten. Erster Gegenstand der Tagesordnung waren die etwas schabigen Landesen, mit denen Bismarck das deutsche Reich beglückte, um die Hammelherde der Vierantiphilister regierungstrom zu machen. Wenn sich unter Deutschlands Kolonien einige befinden, die etwas mehr werth sind, als die Landwüsten und die Fieberkümpfe, aus denen die Mehrzahl besteht, so sorgt die klassische Borntheit und Unfähigkeit der deutsch-preussischen Bürokratie dafür, daß auch aus diesen nichts wird. So kommt es, daß bei vielen früheren Kolonialschwärmern längst die graue Stimmung sich eingestellt hat, welche man als eine charakteristische Begleitercheinung des K a z e n j a m m e r s zu betrachten gewohnt ist. Wenn trotzdem Kolonialforderungen gemeinlich nach einigem Widerstande durchgesetzt zu werden pflegen, so liegt das nur an der veränderten Haltung des Zentrums, das aus einer ziemlich ruppigen Oppositionspartei allgemach nicht bloß zur Regierungspartei, sondern die Regierungspartei per excellence geworden ist.

Der Kolonialdirektor Dr. Stuebel mit seinem Stabe von graugrün gekleideten Kolonialoffizieren und Kolonialbeamten (Graf Bögen, Major Leutwein usw.) sang eine schmetternde Arie von den schönen Siegen, die man noch an unseren Kolonien erleben wird, wenn man nur Zeit, Geduld und — Geld genug hat. Das Zentrum unter des Freiherrn v. Hertlings Führung apportierte denn auch trotz Richters verständiger Gegenrede die früher abgelehnte Fortsetzung der U s a m b a r a - alias Fieberbahn, nur ein kleines Fähnlein splitterte sich ab, dessen Führung der Kaplan D a s b a c h übernommen hatte, dem die bevorstehenden Wahlen es angerathen erscheinen lassen, ein wenig den unbeugsamen Demokraten zu markiren.

Beim Etat für Südwestafrika bewies Major Leutwein, daß ein rechter deutscher Mann zwar die Buren leiden mag, aber sie nicht gern in seinen Kolonien hat. Von unserer Seite beteiligten sich die Genossen Stolle und Bebel an der Kolonialdebatte. Genosse Stolle wies auf die Nothwendigkeit der Unterdrückung der Hausklaverei in Ostafrika hin, während Bebel den Beweis führte, daß die Art und Weise, wie man Kolonisation in Südwestafrika treibt, das Ansiedlungswert zum völligen Scheitern verdammt.

Sodann wurden Reste aus dem Militäretat aufgearbeitet. Genosse Stadhagen rügte beim Titel „Präsident des Reichsmilitärgerichts“ mit flammenden Worten, daß man Soldaten bestrafe, weil sie der Wahrheit gemäß auf Befragen bekennen, daß sie Sozialdemokraten sind. — Die früher abgelehnten Summen für die militärtechnische Akademie und den Truppenübungsplatz in Neuhamer erhielt die Regierung nachträglich bewilligt, nachdem die Mehrheit des Hauses mit ein paar Resolutionen ihr parlamentarisches Gewissen salvt hat.

Dagegen ergab die neulich unentschieden gebliebene und daher am Sonnabend wiederholte Abstimmung über den Antrag Frese, der an Stelle der von der Kommission bewilligten 1 Million für die Kreuzerperaturen 2 Millionen bewilligen will, die Ablehnung des Antrags; es bleibt also bei der Streichung.

Mit fliegender Eile wurde der Rest des Etats erledigt. Setzte es doch beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern fast gar keine Debatte: nur der Titel „Brausteuer“ machte eine Ausnahme. Schatzsekretär v. Thielmann gab auf Anfrage Singers, wie es mit der projektirten Erhöhung der Brausteuer bezw. mit der projektirten Erhöhung der Brausteuer bezw. mit einer Reichshiersteuer stehe, eine Antwort, die der Freisinnige Sachnick mit Recht als völlig ungenügend bezeichnete. Die Herren von der Rechten, v. Kardorff und v. Normann, wuschen im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen ihre Hände in Unschuld; der letztere rief gar herzerreißend nach dem Inkrafttreten des Zolltarifs.

Ohne jede Debatte wurde die von der Kommission beschlossene Herabsetzung der Zuschußanleihe von 95 auf 72 1/2 Millionen genehmigt. Nachdem dann noch das Etatsgesetz für 1902 und das Schulden Tilgungsgesetz angenommen waren, schloß die fast achtstündige Sitzung. — Montag geht es wieder um 10 Uhr an; es stehen die dritte Lesung des Kinderschutzgesetzes und des Etats auf der Tagesordnung.

289. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Dr. Stuebel. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Kolonialstats beginnend mit dem Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet, fortdauernde Ausgaben, Tit. I Gouverneure.

Abg. Stolle (Soz.): Unsere Kolonialpolitik hat angeblich den Zweck, in die Schutzgebiete eine höhere Kultur zu bringen. Aber nach dem eigenen Eingeländnis des Kolonialdirektors Dr. Stuebel ist noch nicht einmal die Klaverei in den Schutzgebieten abgeschafft worden. Das Reich müßte doch wenigstens die unwürdige Hausklaverei in Ostafrika beseitigen. (Bravo! h. d. Soz.) England ist

schon vor langen Jahren mit gutem Beispiel vorgegangen. Unsere Kolonialverwaltung aber hat sich bisher lediglich auf das Sammeln von Material beschränkt. Der Reichstag hat mit großer Mehrheit eine Resolution Erörtert angenommen, welche schrittweise Beseitigung der Hausklaverei verlangt. Ich frage nun die Regierung, welche Mittel sie ergriffen hat, um dieser Resolution Folge zu leisten, und ob die Hausklaverei in Ostafrika wenigstens abgenommen hat. (Beifall h. d. Soz.)

Kolonialdirektor Dr. Stuebel: Die im Verhältnis zum englischen Ostafrika ungünstige Lage des deutschen Ostafrika gestattet uns nicht, die Hausklaverei abzuschaffen, welche die Grundlage der dort bestehenden wirtschaftlichen Formen ist. Wir werden indes, so bald es möglich ist, die Hausklaverei beseitigen; in diesem Sinne hat sich Gouverneur Graf Bögen im Charlottenburger Kolonialverein ausgesprochen. Graf Bögen hofft auch, daß die Uganda-bahn zur Hebung der kulturellen Höhe Ostafrikas beitragen werde. In Kamerun, Togo und Deutsch-Ostafrika sind Verordnungen gegen die Klaverei erlassen; die Sklavemärkte sind unterdrückt; die Hausklaverei dürfen an zwei Tagen in der Woche für eigene Rechnung arbeiten und im Jahre 1902 sind 2037 Freibriefe erteilt, also 500 mehr als im Jahre 1901.

Schrempf (N.) wünscht Verbilligung und Vereinfachung der kolonialen Verwaltung und Mitwirkung der Kaufleute und Pflanzer an derselben.

Kolonialdirektor Dr. Stuebel bestreitet, daß wir theurer kolonisiren als andere Nationen.

Stolle (Soz.): Was man in 20 Jahren nicht erreicht hat, das wird man auch nicht auf einmal durch einen Bahnbau erreichen. Die Regierung sollte endlich energisch die Hausklaverei, diesen Schandfleck der Nation, beseitigen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. (Beifall bei den Soz.)

Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Graf Goeken theilt mit, daß in Daar-es-Salaam und Tanga schon jetzt Versammlungen unter Theilnahme des kaufmännischen Elements stattfinden.

Schrempf (N.) fragt an, wie der Versuch ausfallen sei, einheimische Arbeiter zwangsweise zu den Arbeiten in den Kolonien zuzuziehen.

Dr. W e n d t befragt die Ausführungen des Kolonialdirektors und des Gouverneurs und verlangt sorgfältige Ausbildung der Kolonialbeamten.

Gouverneur Graf Goeken: Von einer Arbeitspflicht für das ganze Schutzgebiet kann vorläufig keine Rede sein; dagegen ist es gelungen, in den Dörfern um Daar-es-Salaam nach Uebereinkommen mit den dortigen Häuptlingen eine zwölftägige Arbeitspflicht einzuführen. Ueber das Resultat des Versuchs, der erst seit anderthalb Jahren im Gange ist, läßt sich noch nichts mittheilen.

Der Titel „Gouverneur“ wird hierauf bewilligt; ebenso debattelos der Rest des Ordinariums.

Im Extraordinarium hat die Kommission die für die Fortführung der Eisenbahn Tanga-Muschakarogwe bis Momb (U s a m b a r a - Bahn) als erste Rate geforderte 1 Million auf 750 000 M. herabgesetzt.

Richter (Sp.): Obwohl die diesjährige Finanzlage noch schlechter ist, als die vorjährige, hat sich doch die ausschlaggebende Partei, das Zentrum, für die im vorigen Jahre abgelehnte Weiterführung der Bahn entschieden. Ostafrikanische Voranschläge pflegen um das Doppelte überschritten zu werden. Die fertiggestellte Strecke der Usambarabahn deckt nur 45 pSt. der Betriebskosten. (Hört! Hört! links.) Die ganze Bahn war eine Liebhaberei des Herrn v. Dechelhäuter, der eine merkwürdige Schwäche für ostafrikanische Bahnen hatte. (Weiterkeit.) Es wird von uns verlangt, daß wir an die Kolonien glauben sollen. Korogwe ist ein Fiebernest, Momb, das wird jetzt zugestanden, ist auch ein Malariaest; aber hinter Momb, da geht es den Berg heraus und auf den Bergen, da wohnt das Glück. (Gr. Weiterkeit.) Es ist sogar schon ein Luftkurort dort geplant. (Weiterkeit.) — Nicht am Mangel an Eisenbahnen und an Reichszuschüssen, sondern am halb bürokratischen, halb militärischen Zuschnitt der Verwaltung liegen unsere Kolonien dahin. (Sehr richtig! links.) Unsere Finanzen sind schlecht; man droht mit der Erhöhung der Brau- und Tabaksteuer; aber für ostafrikanische Bahnen hat man Geld übrig. Solche Selbstbewegungen für Ostafrika bedeuten geradezu eine Schrittmacherei für neue Steuerprojekte und daher erklären wir uns gegen diese Forderung. (Beifall links.)

Gouverneur Graf Goeken tritt für die Verlängerung der Usambarabahn ein. Mit den neu geforderten 36 Kilometern werden wir mehr Land erschließen, als mit den bisherigen 86 Kilometer. Weiter werden wir nicht bauen; es sei denn, daß sich Goldfelder finden. In ganz Ostafrika sind die Ebenen ungesund, die Höhen aber gesund und für den Aufenthalt von Europäern geeignet. (Beifall rechts.)

Kolonialdirektor Dr. Stuebel schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und erklärt, daß die Bahn von Daar-es-Salaam bis Mrogoro ebenso wichtig sei, wie die Usambarabahn.

Frhr. v. Hertling (Z.): Wenn wir ein Haus bauen, müssen wir auch ein Dach draufsetzen. Ich bitte deshalb, die Verlängerung der Usambarabahn zu bewilligen. Dagegen können wir über die Bahn Daar-es-Salaam-Mrogoro nicht vor so schwach besetztem Hause verhandeln.

D a s b a c h (Z.) erklärt sich in seinem und im Namen einer Anzahl seiner politischen Freunde gegen die Fortführung der Usambarabahn, zumal die Interessenten, die reichen Plantagenbesitzer, keinen Beitrag leisten und bei uns die wichtigsten Kulturaufgaben aus Mangel an Mit-

tein zurückgestellt werden. Außerdem haben wir ja gehört, daß nicht, wie behauptet wurde, die Mrogoro-Bahn durch Bewilligung der Forderung überflüssig wird.

Dr. W a r t h (Sp.): Wir waren entschiedene Gegner der Kolonialpolitik des Fürsten Bismarck. Es ist aber leichter, Kolonien zu erwerben, als sie wieder loszumachen. Da wir nun einmal Kolonien haben, müssen wir für ihre wirtschaftliche Entwicklung sorgen. Wir werden daher für die Forderung stimmen.

Richter (Sp.): Alle Bahnen werden bekanntlich als Lebensstrahlen für die Kolonien bezeichnet. Wenn Herr v. Hertling konsequent sein will, muß er auch diese Forderung ablehnen; denn stark besetzt ist das Haus auch jetzt nicht. (Sehr wahr! links.) Graf Goezen brauchte das Gleichniß von Mutter und Kind und meinte, das Mutterland müßte etwas für sein Kind, die Kolonie, thun. Aber wie ist die Mutter überhaupt zu diesem Kinde gekommen? (Weiterkeit und Beifall links.)

Darauf schließt die Diskussion. Die Forderung wird gegen Sozialdemokraten, Freie, Volkspartei und einen kleinen Theil des Zentrums bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats für Ostafrika. Desgleichen wird nach unweilendlicher Debatte der Etat für Kamerun und debattelos der Etat für Togo erledigt.

Beim Etat für Südwestafrika fragt Dr. W e n d t (N.) an, wie es mit der Selbstverwaltung in der Kolonie und mit der Bureneinwanderung stehe.

Gouverneur von Südwestafrika Major Leutwein: In jedem Bezirk bestehen frei von der Bevölkerung gewählte Räte, eine Einrichtung, die sich sehr bewährt hat. Die Kolonie ist in hoffnungsvollem wirtschaftlichen Aufschwung begriffen, reich an Eisen, besonders an Kupfergruben — die aber ohne Eisenbahnen unnütz sind —, auch Edelsteine sind gefunden worden. — Bei aller Sympathie für die tapieren Buren muß ich doch bemerken, daß dieselben kein durchweg gutes Ansiedlungsmaterial darstellen. Sie sind nur als Viehzüchter zu gebrauchen; zur Viehzucht aber gehört Kapital. Daher können uns nur kapitalkräftige Buren willkommen sein; andere Ansiedler dagegen auch ohne Kapital. Damit wir deutsche Ansiedler hinführen können, bitte ich Sie, die geforderten Ansiedlungsbeträge im Betrage von 300 000 Mk. zu bewilligen. Ich selbst hatte nur gewagt, 100 000 Mk. zu fordern, die Kolonialverwaltung aber hat die Summe auf 300 000 Mk. erhöht. (Beifall rechts.)

Schrempf (N.) wünscht, daß den armen Buren in der Kolonie nicht mit der Schnelligkeit entgegengetreten würde, die der Gouverneur hier im Reichstage an den Tag gelegt habe.

Bebel (Soz.): Die Lage der südwestafrikanischen Kolonie ist leider nicht so günstig, wie uns der Herr Gouverneur glauben machen möchte. Der Wassermangel ist die große Kalamität des ganzen Landes. An der Bahn Smalormund und Windhoef hat man Brunnen bis zu 40 m Tiefe bohren müssen, um überhaupt Wasser zu bekommen. Die Urtheile der Sachverständigen haben sehr bedenklich gelautet; namentlich sind Klagen über die ungewöhnliche Anlage der Bahnhöfe geführt worden. Die Zollverwaltung hat allerdings höhere Erträge ergeben; aber es sind die importierten Ansiedler, welche die Bälle tragen, während die Beamten, Missionare und die Angehörigen der Schutztruppe frei ausgehen und namentlich die Feldweibel mit ihren zollfrei bezogenen Waaren den Händler Konkurrenz machen. — Besser als die Bewilligung der Ansiedlungsbeträge wäre es, die Kultivierung unfruchtbarer Gegenden in der Heimath zu unterstützen. (Sehr richtig.) — Nach dem Urtheil der Sachverständigen verkauft die Regierung das Land in Südwestafrika viel zu theuer, zumal der Ansiedler 5-6 Jahre braucht, um einen Ertrag aus dem Boden zu ziehen. — Die Ausführungen des Herrn Major Leutwein zeigen, daß die offiziellen deutschen Kreise von einer Art Burenchrecken besallen sind. Sind die Buren das, was fast die ganze europäische Presse aus ihnen gemacht hat, so könnte man sich ja gar keine besseren Ansiedler wünschen. Aber freilich: der Buren ist nicht so an Gehorjam und Unterthänigkeit gewöhnt, wie man das in Deutschland liebt. Einen wirklichen Erfolg wird man mit der Kolonisierung nur dann erzielen, wenn man den Ansiedlern das nöthige Land umsonst giebt und sie mit billigen Vieh und praktischen Rathschlägen unterstützt. Statt dessen hat man, wie der offizielle Bericht zugeben muß, so immense Landstrecken an kapitalistische Gesellschaften verpachtet, daß für die Ansiedlung von Buren wenig Land übrig geblieben ist. Ich bitte daher dringend, die Forderung von 300 000 Mark zurückzugeben. (Bravo! h. d. Soz.)

Der Etat für Südwestafrika einschl. der Forderung von 300 000 Mark für Ansiedlungsbeträge wird bewilligt, ebenso die Etats für Neuguinea, die Karolinen, die Marianen und Samoa.

Damit ist die zweite Lesung des Kolonialstats erledigt.

Es folgt die Beratung des nachträglich an die Kommission verwiesenen Titels 1 im Etat für das Reichsmilitärgericht (Besetzung des Präsidenten).

Stadhagen (Soz.): Ich habe den Kriegsminister wiederholt ersucht, dafür zu sorgen, daß Soldaten nicht bestraft werden, weil sie die Wahrheit sagen. Ein Dekonomiehandwerker ist bestraft worden, weil er die Chinameille mit der Erklärung zurückwies, daß er Sozialdemokrat sei. Der Korpsbefehl, auf Grund dessen die Bestrafung erfolgte, ist absolut ungeheuer. Ueber kriegsministerielle Erlassen und Korpsbefehlen steht unbedingt Recht und Wahrheit. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wir verlangen, daß der Kriegsminister seinen Erlaß zurückzieht. (Bravo! h. d. Soz.)

Soldaten dürfen keine Feiglinge sein; ein Feigling ist aber nicht der, der die Wahrheit sagt, sondern der, welcher ihn daran verhindert, wie es dieser feige Erlaß thut.

**Präsident Graf v. Kallstrem:** Sie dürfen den Erlaß eines Generalkommandos nicht einen feigen Erlaß nennen!

**Stadthagen:** Er ist es aber doch!

Der Titel wird darauf bewilligt.

Es folgt die Berathung des Kap. 35 Titel 10a und 10b im Militärretat (Militärtechnische Hochschule).

Diese Titel waren zur nochmaligen Berathung an die Kommission zurückverwiesen worden.

Die Kommission beantragt nunmehr unveränderte Bewilligung der von der Regierung geforderten 103000 Mark unter der veränderten Bezeichnung „Militärtechnische Akademie“ und unter der Voraussetzung, daß der Unterricht der Offiziere über Lehrgegenstände von allgemeiner technischer Bedeutung auch noch weiterhin auf der technischen Hochschule zu Charlottenburg erfolgen werde.

Das Haus tritt diesem Beschlusse debattelos bei.

Für den ebenfalls an die Kommission zurückverwiesenen Titel 66 im Kap. 5 des Militärretats (Truppenübungsplatz Neuhammer) beantragt die Kommission nunmehr ebenfalls die unveränderte Bewilligung der Regierungsforderung im Betrage von 1500000 Mark. (In ihrem ersten Votum hatte die Kommission eine Ablehnung von 500000 Mark beantragt.)

Weiterhin beantragt die Kommission die Annahme folgender Resolution:

Der Herr Reichstangler möge anordnen, daß die Werthabschätzung von Grundstücken, welche für das Reichsheer erworben werden sollen, seitens der zuständigen Militärverwaltung unter Mitwirkung des Reichsschatzamtess stattfanden hat.

Nach Bestürmung durch den Abg. Dr. Sattler (natlib.) wird der Kommissionsantrag und die von der Kommission beantragte Resolution angenommen.

Die neulich wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses unentschieden gebliebene Abstimmung über den Antrag Frese, die von der Kommission abgelehnte 1 Million von den 2 Millionen für Reparatur der Kreuzer „Kaiserin Augusta“ und „Trene“ zu bewilligen, ergeht Bestätigung des Kommissionsbeschlusses und somit Ablehnung des Antrages Frese.

Es folgt die zweite Lesung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Bei den Einnahmen aus der Zuckersteuer hat die Kommission statt 98 Millionen 113 Millionen eingesetzt.

Bei der Brausteuer wünscht Singer (S.D.) eine bestimmte Erklärung des Staatssekretärs über die Absichten der Reichsregierung in Bezug auf die Einführung der Biersteuer. Die neulichen Aeußerungen des Schatzsekretärs haben naturgemäß die größte Beunruhigung hervorgerufen. (Beifall b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär v. Hielmann: Es schweben zur Zeit weder mit den Staaten, die der Brauereigemeinschaft angehören, noch mit den anderen Verhandlungen irgend welcher Art über die Einführung einer Reichsbiersteuer.

Dr. Bachnick (S.D.) bezeichnet diese Erklärung als recht mangelhaft.

Hilf-Loth. Geheimrath Hallen: Unterstaatssekretär v. Schraut hat auf Anfrage im reichsständischen Ausschusse erklärt, daß man der elsäss-lothringischen Brauindustrie unmöglich jetzt eine Erhöhung der Landeszweiersteuer zumuthen könne, wenn vielleicht ein Jahr darauf die Reichsbiersteuer komme. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Unterstaatssekretär hat also nur von der Möglichkeit einer Reichsbiersteuer gesprochen. (Gr. Unruhe links.)

v. Kardorff (Abg.): Wenn man keine neuen Steuern bewilligen will, ist es ein billiges Vergnügen, immer neue Ausgaben zu beantragen. (Dr. Müller-Sagan ruft: Bahn nach Rombo!)

v. Kormann (S.): Wir wünschen weder eine Reichsbiersteuer, noch eine Erhöhung der Brausteuer, dagegen recht baldiges Inkrafttreten des neuen Volkstanzes. (Allo! links.)

Der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern wird bewilligt, ebenso debattelos der Etat der Reichsschuld. Weiterhin nimmt das Haus debattelos der Herabsetzung der Zuschüsse an die Eisenbahn von 95 Millionen auf 72750000 Mk. zu. Eine Reihe weiterer kleiner Etats und Etatsmittel wird gleichfalls ohne Debatte erledigt, ebenso das Etatsgesetz für das Etatsjahr 1903 und das Schuldentilgungsgesetz.

Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet und die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 19 Uhr. (Dritte Lesung des Kinderzuschlaggesetzes und des Etats.)

Schluss 3 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Der Wahltermin.** Wie die „Völk. Corr.“ von gut unterrichteter Seite hört, ist die Mitteilung, daß die Reichstagswahlen eine Woche früher als im Jahre 1898 stattfinden sollen, zutreffend. Bei den letzten Hauptwahlen 1893 und 1898 wurden die Stichwahlen Ende Juni mehrmals durch die Ersatzarbeiten beinträchtigt.

**Sicherung des Wahlgeheimnisses.** Das offizielle „Völkische Bureau“ verbreitet eine Mitteilung der „Völk. Corr.“ wonach der Gesetzentwurf betr. Abänderung des Wahlgesetzes dem Reichstage gleich nach dem Vorfertiggehen zugehen werde. — Daß das von der Regierung geplante Telephonbureau die Notiz der „Völk. Corr.“ verbreitet, sollte eigentlich ein Beweis mehr für die Richtigkeit der Meldung des liberalen Blattes sein. Indessen vermögen wir noch immer nicht recht zu glauben, daß Hülow den Widerstand der neuen Karawane gegen „Völkisches“ bereits gebrochen haben sollte.

**Der Reichstag beschließt,** wie eine parlamentarische Correspondenz zu melden weiß, am Montag und Dienstag die dritte Lesung des Etats zu erledigen. Am Mittwoch ist der katholische Feiertag „Mariä Verkündigung“. Man nimmt an, daß nachher die Abgeordneten nicht mehr zusammenzukommen haben, und beschließt deshalb, gleich in die Osterferien zu gehen, die bis Dienstag, den 21. April dauern sollen. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung soll das Pensionsgesetz gestellt werden. Ob die Staatsanwaltschaft noch verhaftet werden kann, ist sehr zweifelhaft geworden. Die Staatsanwaltschaft wird erst am 21. d. M. wieder tagen und dürfte zur Erledigung ihrer Arbeiten noch mindestens 8—10 Tage brauchen. Nach Ostern will der Reichstag aber auf keinen Fall länger als 8 Tage sitzen. Wenn die Kommission also nicht in den Ferien tagt, dürfte die Novelle als gefallen zu betrachten sein.

Das Ergebnis der Sitzberathungen des Reichstages stellt sich wie folgt: Im ordentlichen Etat sind 727 500 Mark gestrichen und die Einnahmen um 15 Millionen Mark erhöht worden. Die Zuschußanleihe ermäßigt sich damit von 95 Millionen Mark auf 72 750 000 Mark. Im außerordentlichen Etat sind 17 225 000 Mark gestrichen worden. Außerdem sollen aus den noch offenstehenden Krediten der Jahre 1901 und 1902, die für die Expedition nach China bestimmt, aber nicht ausgegeben sind, statt 14 797 816 Mark 34 776 130 Mark entnommen werden, so daß sich die Einnahmen noch um 19 978 314 Mark erhöhen. So wird das Defizit um 59 478 314 Mark geringer, so daß statt einer Anleihe von 219 921 739 Mark „nur“ eine Anleihe von 160 443 425 Mark nötig wird. Die „Zuschußanleihe“ zum ordentlichen Etat bedeutet das formelle Eingeständnis, daß die Militäraufträge weitere Erhöhung nicht vertragen, daß die Reichsfinanzreform immer unvermeidlicher wird, d. h. gemeinverständlicher ausgedrückt, daß neue Reichssteuern in immer unerfreulichere Nähe rücken.

**Agrarische Wahlentweihung.** Im Wahlkreise Kolberg-Robbin hat der Bund der Landwirthe an die Gemeindevorsteher ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Ich bitte Sie, nach Ihren besten Kräften bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Wahl unseres Kandidaten zu wirken und Herrn Landtagsabgeordneten Walleschitz zu einem unanfechtbaren Wahlsiege zu verhelfen.“ — Dies Ansuchen paßt vorzüglich zu den entrüsteten bündlerischen Beschwerden über angebliche amtliche Wahlbeeinflussung zu Ungunsten von Bundeskandidaten. Und wenn das so weiter geht, wird die Wahlprüfungskommission des kommenden Reichstages wieder viel Arbeit bekommen.

**Es blasen die schwarzen Husaren.** Neben Sprechministern giebt's ja auch Sprecherbischöffe, und der neugewählte „Kirchensüß“ im lustigen Köln scheint einer davon zu sein. Freitag hat er einen „Hirtenbrief“ an seine Gläubigen losgelassen, in dem er sie zum treuen Gehorsam gegen Papst und Kaiser auffordert. Ueberhaupt fühlen sich jetzt die Pfaffen immer mehr als die schwarze Leibgarde von Kaiser und Reich. Auf einem feuchtsüßlichen Dankett zu Ehren des neugewählten Erzbischofs brachte Domprobst Verlage einen Triumpzug aus, der folgenden schönen Passus enthielt:

Ich denke mir das große Deutsche Reich beschützt von verschiedenen Regimentern, die verschiedene Farben tragen. Jedes der Regimenter hat Treue gelobt und wird sie halten. Eines dieser Regimenter führt unser Herr Erzbischof. Wenn es gilt, dann werden die schwarzen Husaren ihm zur Seite stehen und kämpfen für Kaiser und Reich. Und einer soll es wagen, die Treue der schwarzen Husaren anzuzweifeln. Wir sind treu wie alle andern Regimenter und halten treu zu Kaiser und Reich. Viele Wachen stehen am Rhein; an der Spitze der einen Wacht steht unser neuer Oberhirt, und diese Wacht wird er zu allen Stunden zu vertheidigen wissen.

Der Erzbischof als Husarengeneral! Auch nicht schlecht! Und wenn protestantische Husaren generale Minister für Landwirtschaft und Postwesen werden können, warum sollen dann katholische Husaren generale nicht auch mal — Minister für Kulus und Unterrichts werden.

**Wahlnachrichten.** Der Bestirramtsg. Herold, der bisher den Kreis Jüba vertrat, nahm die Reichstagskandidatur im Wahlkreise Ahaus-Steinfurt-Deelenburg an. — Für Neustadt-Vandau hat, den „B. N. N.“ zufolge, der bisherige nationalliberale Abgeordnete Demjard die Wiederannahme einer Kandidatur definitiv abgelehnt. — Gegen den Agrarierführer Luch-Patershausen, Vertreter von Bretten-Eppingen (Waden), der 1898 mit nationalliberaler Stützpunkthilfe gegen das Zentrum durchdrang, haben die Nationalliberalen den Landtagsabgeordnete Müller aufgestellt. — Abg. R. ff. der bisherige Abgeordnete für Straßburg, hat nach der Straßb. Post die Wiederannahme einer Kandidatur abgelehnt.

**Neue Entdeckungen erzählt** das „Berl. Tagebl.“: Von der bekannten Vorschlagsangelegenheit weiß das Blatt folgende interessante Einzelheiten zu erzählen: „Infolge der Unterfertigung, welche sich der Kassenrentant Hünewald in Sachen „Vorwärts-Endell“ hatte zu Schulden kommen lassen, wurde ihm von der Aufsichtsbehörde der Landwirtschaftskammer ein Verweis erteilt. Nach Ertheilung des Verweises wurde dem Kassenrentanten Hünewald vom Kammervorsitzenden Major Endell wegen seiner Kassenhandhabung eine Extragrattifikation von 600 Mk. aus der Kasse der Landwirtschaftskammer ausgezahlt.“ — So verhöhet der Junker die Staatsgewalt und er kann sich das leisten.

**Wismar bleibt deutsch.** Wie erinnerlich sein wird, ist das nahegelegene Wismar am 26. Juni 1803 für 1 258 000 Thaler Bawo von Schweden an Mecklenburg-Schwerin verpfändet worden, unter der Bedingung, daß Schweden nach 100 Jahren gegen Rückzahlung dieser Summe nebst 3 Proz. jährlichen Zinsen das Pfand wieder zurücknehmen könne. Es hat nun Leute gegeben, die sich schon seit einer Reihe von Jahren den Kopf darüber zerbrochen haben, ob Schweden wohl die Pfandsumme zurückzahlen, und was dann geschehen würde. Die Frage ist jetzt gelöst. Am Sonnabend hat die schwedische Regierung im Reichstage eine Vorlage eingebracht, nach der die Regierung ermächtigt werden soll, von dem Rechte Schwedens abzuziehen, die Stadt Wismar nebst Umgegend durch Erlegung der Pfandsumme wieder loszulassen.

**Entschädigung unschuldig Verurtheilter.** In der zweiten heftigen Kammer wurde ein Antrag, halbamtlich eine Gesetzesvorlage zu machen, welche eine feste Entschädigung von zu Unrecht Verhafteten vorsieht, vom Justizminister Düttmer dahin beantwortet, daß die heftige Regierung, wie er schon neulich erklärt, im Bundesrath beantragt habe, eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie in Angriff zu nehmen. Bis das geschehen sei, werde die Regierung etwa zu Unrecht Verhaftete aus freien Stücken entschädigen. — Das gute Beispiel Hessens sollte die übrigen Bundesstaaten anspornen, der reichsgesetzlichen Regelung der Frage recht bald nach zu treten.

**Der Prozeß Sanden vor dem Reichsgericht.** Das Reichsgericht hat die in dem Prozeß Sanden und Ge-

nossen eingelegte Revision der Angeklagten verworfen. Auf die Revision des Staatsanwalts wurde das Urtheil insoweit abgeändert, daß die Ersatzstrafe für die gegen Eduard Sanden verhängte Geldstrafe von ein auf zwei Jahre Gefängnis erhöht wird.

**Eine deutsche Karawane von Kabblen ausgeplündert.** Eine spanische Meldung aus Ceuta berichtet: Kabblen vom Stamme der Beniher griffen eine von dem Vertreter der deutschen Firma Bourgeaud u. Co. geleitete Expedition an und bemächtigte sich des Viehs, einzelner Waaren und einer Summe von 500 Piaftern. Die Reisenden, unter denen sich ein Spanier befand, wurden von den Kabblen niedergeschlagen; es gelang den Reisenden indes, Tetuan zu erreichen. Der Gouverneur von Tetuan sandte einen Vertreter aus, um die Rückerstattung des geraubten Guts zu erwirken; die Kabblen verweigerten diese jedoch, indem sie sagten, sie erkennen den Sultan von Marokko nicht an. — Ob die „gepanzerte Faust“ dreinschlagen wird?

**Kleine politische Nachrichten.** Zwischen den Postverwaltungen Deutschlands und der Transvaal-Kolonie ist ein Abkommen über den Austausch von Geldanweisungen zu Stande gekommen. — In Bromberg hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dem Reichstangler Grafen Bülow in Folge des Wohlwollens gegen die Stadt, das er in der Frage der Errichtung der landwirtschaftlichen Hochschule und der Gasbauten bewiesen habe, das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Vielleicht tröstet diese Ehrung den Reichstangler über die vielen Niederlagen, die er in der inneren und äußeren Politik erlitten hat, hinweg! — Wie Meldungen aus Marokko besagen, haben die Führer der religiösen Vereine von Fez den Aufruhr gegen den Sultan unterstützt und Aufrufe an die noch neutralen Berberstämme gerichtet, worin dieselben aufgefordert wurden, die Sache des Prätextenden fördern zu helfen. In dem Aufruf wird die Entfernung des jetzigen Sultans gefordert, da dieser nur ein Werkzeug des „englischen Teufels“ sei. — Die fremden Gesandten in Fez haben bei dem Wairupu (Auswärtigen Amt) Einspruch gegen den Verkauf von Erlaubnisscheinen für die Reis-Ausfuhr erhoben, der von den Mandarinen den Handelsverträgen zuwider weiter betrieben wird, und gleichzeitig die Abstellung der allgemein herrschenden Korruption verlangt. — Die Friedensverhandlungen der Regierung von Uruguan mit den Revolutionären versprechen, wie der „Frankf. Ztg.“ gefabelt wird, Erfolg.

### Rußland.

**Ueber eine imposante Arbeiterdemonstration,** die Sonntag, den 15. März, in Kofow am Don stattfand, wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Nachmittags gegen 4 Uhr zogen gegen 3000 Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten mit Prügeln bewaffnet nach der Stadt. Da sich ihnen am Ausgang des Temerit (Arbeiterviertels) kein Hindernis in den Weg stellte, zogen sie unter Abhängen von Arbeiter Liedern durch die Hauptstraße, die Große Sabowaja, mit 3 roten Fahnen. Dieselben trugen die Aufschrift: „Freiheit, Republik, Achtundentag“. Am großen Prospekt traten ihnen zwei Eskadronen Kosaken entgegen, und es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem ein Polizeioffizier mit einem Prügel niedergeschlagen, drei Kosaken durch Steine und Revolverkugeln schwer verletzt wurden. Auf der Seite der Arbeiter gab es sieben Verwundete. Mehrere Zuschauer wurden von den Pferden der Soldaten leicht verletzt. 30 Personen wurden verhaftet.

### Oesterreich-Ungarn.

**Eine stürmische Sitzung im ungarischen Abgeordnetenhaus.** Die blutigen Budapestener Straßenkämpfe haben Sonnabend im ungarischen Reichstage ein überaus erregtes Nachspiel gehabt. Mehrere Redner der Kossuthpartei schilderten in anschaulicher Weise das brutale Vorgehen der Polizei, die Unschuldige mit Säbeln bearbeitete oder niederritt. Unausgesetzt fielen die schwersten Beschimpfungen auf den Ministerpräsidenten v. Szell. So oft er sprechen wollte, wurde er unter Drohungen niedergeschrien. Nicht weniger als viermal mußte die Sitzung unterbrochen werden. Aus Regierungskreisen verlanget, daß die Auflösung des Parlamentes erfolge und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Für Sonntag hatte man umfassende Vorlesungen getroffen, weil man wiederum Unruhen befürchtete. Die sozialdemokratische Partei hatte für Nachmittag eine Volksversammlung vor dem Parlamentsgebäude angesetzt. Bisher liegen uns noch keine Nachrichten vor, ob sich am Sonntag irgend welche Vorfälle ereignet haben.

### Portugal.

**In Portugal wird's ernst!** Nach wie vor sperrt die Regierung den Nachrichtendienst; sie kann es aber natürlich nicht verhindern, daß briefliche Mittheilungen durchschlüpfen. Eine solche empfing der „Petit Parisien“ aus Lissabon und aus ihr ergiebt sich, daß Portugal vor der Revolution steht. Bei den bisherigen Krawallen sind viele Personen getödtet und noch mehr verwundet worden. Das hat die Erbitterung im Volke wesentlich gesteigert und an verschiedenen Plätzen zu neuen Zusammenstößen geführt.

### Vereinigte Staaten.

**Der Schiedspruch im Streit der Anthrazitkohlengräber.** Der vom Präsidenten Roosevelt im vergangenen Herbst für die schiedsgerichtliche Regelung des Ausstundes der Anthrazitkohlengräber ernannte Ausschuss empfahl eine allgemeine Lohnerhöhung um 10 Proz. und schiedsgerichtliche Erledigung aller Streitfragen. Der Ausschuss setzte ferner einen Mindestlohn und eine gleitende Skala fest und sprach das Verbot aus, einen Unterschied zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern einer Arbeitervereinigung zu machen. Die Entscheidungen des Ausschusses sind bis zum 31. März 1906 gültig.

### China und Nachbargebiete.

Montag, den 23. März. Mit den Bahnhofsneubauten ist nunmehr, nachdem, wie bereits mitgeteilt, der Zuschlag der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten in Frankfurt a. M. (vorm. Gebr. Holmann) erteilt worden ist, begonnen worden. Der Zeitpunkt, der von vielen hiesigen Arbeitslosen schon seit Monaten herbeigesehnt wurde, ist gekommen. Viele hoffen, daß ihnen alsdann Arbeit und damit Brod verschafft wer-

den würde. Wie aber sieht es nun in Wirklichkeit damit aus? Die Firma hat sich einen nicht geringen Teil der Arbeitskräfte aus Süddeutschland mitgebracht und außerdem eine Anzahl Italiener eingestellt, angeblich, weil Letztere für gewisse besondere Arbeiten als besser geeignet gelten sollen, in Wirklichkeit aber: weil sie bedeutend billiger als hiesige Arbeiter arbeiten. — Es ist einfach unerbötlich, daß zu Arbeiten, zu denen der Lübeckische Staat einen großen Zuschuß gewährt, fremde Arbeitskräfte verwendet werden. Sind es doch die hiesigen Arbeiter, welche durch ihre Steuerleistung die Zinsen mit aufbringen müssen für jene nahezu 3/4 Millionen Mark Staatszuschuß, welche zum Hauptteil durch Anleihen gedeckt werden. Nun, die hiesigen Arbeitslosen können — abgesehen von dem Bruchteil, der vielleicht noch bei den Warten Arbeit findet — ja auch ruhig weiterhungern, oder, falls sie das nicht wollen, ihr Reichstagswahlrecht gegen Bettelgruppen austauschen! Nun, die Antwort auf dieses Vorgehen, das fast den Anschein erweckt, als handle es sich hier um einen wohlbedachten Plan, wird schon bei den Reichstagswahlen ertheilt werden! Die Abrechnung naht! Und daß sie sich zu einer gründlichen gestalten wird, dafür sorgen schon diejenigen, welche die hiesigen Arbeiter offensichtlich an „freiwilliger Arbeit“ hindern!

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
  - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
  - 3) Militär-Papier.
  - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.) Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
  - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
  - 6) Innungsmittelbchein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heirathsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtschein der Ehefrau.
  - 8) Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 6, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos.

Parteigenossen, erwerbt das Bürgerrecht!

Ein glänzendes Resultat! Bei der Abstimmung über die Wiedereinführung des 8 Uhr-Ladenschlusses haben etwa 1300 Geschäftsinhaber für und nur 58 gegen die Wiedereinführung gestimmt. Dieses gute Resultat beweist, daß die Geschäftsleute mit dem früheren Ladenschluss sehr zufrieden gewesen sind.

Die armen Aktionäre. Die Lübecker Maschinenbau-Aktiengesellschaft vertheilt in diesem Jahre neun Prozent Dividende gegen 15 Prozent im Vorjahre. Hoffentlich brauchen sie jetzt noch nicht die Armenanstalt in Anspruch zu nehmen!

Wegen Wechselfälschung und Betrug erhielt Sonnabend der frühere HOLLÄNDER Peters aus Dakendorf unter Annahme mildernder Umstände 1 Jahr Gefängnis. Der Angeklagte befand sich zur Zeit, als er die Fälschungen — 3 Wechsel- und 2 Urkundenfälschungen — beging, in großer finanzieller Bedrängnis.

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen finden in der Zeit vom 6. bis zum 21. April statt. Wir werden die näheren Details zu gegebener Zeit veröffentlichen.

Stadttheater. Man schreibt uns aus dem Theaterbureau: In dem Dienstag zur einmaligen Aufführung gelangenden Schauspiel „Jugend“ von Halbe tritt Fräul. Babst zum vorletzten Male in einer größeren Rolle vor das Lübecker Publikum. Der nachfolgende Abend ist als Benefiz für sie bestimmt und bringt das Schauspiel „Wildfeuer“ von Halbe, worin die bekannte Darstellerin der Stäthi in „Alt-Heidelberg“ die Rolle des Kellnerspielen wird. Freitag findet ein Ehrenabend für unseren geschäftigen Kapellmeister Herrn Rudolf Weyß statt. Zur Aufführung gelangt die beliebte Oper „Margarthe“ von Gounod, worin Herr Whitehill, welcher sich in der vorigen Spielzeit als hervorragender Baritonist beim hiesigen Publikum bekannt machte, gastiren wird. Sonnabend „Don Juan“ als Benefiz für Herrn Franz Frank.

Zur Beachtung für die Mannschaften des Weurlaubtenstandes. Die in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten wohnenden Mannschaften des Weurlaubtenstandes werden vom Polizeiamt aufgefordert, sich in der Zeit vom 21. bis einschließlich 27. ds. Mts. während der Stunden von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr zur Empfangnahme der Kriegsbeordnungen für das am 1. April d. Js. beginnende neue Mobilmachungsjahr an folgenden Stellen einzufinden: die in der inneren Stadt wohnenden Mannschaften in dem Polizeibureau im Kanzlei-gebäude, die in der Vorstadt St. Lorenz wohnenden in der Polizeiwache in der Hansastraße, die in der Vorstadt St. Jürgen wohnenden in der Polizeiwache in der Hagenburger Allee, und die in der Vorstadt St. Gertrud wohnenden in der Polizeiwache auf dem Burgfelde. Maßgebend ist hierbei diejenige Wohnung, welche bei dem königlichen Bezirkskommando gemeldet worden ist. Die Militärärzte mit den alten Kriegsbeordnungen sind mitzubringen.

Um Unterkunft im Gefängnis zu erhalten, schlug, wie fr. Zt. auch von uns gemeldet, der Schmied B. eine große Spiegelscheibe der Firma Haerder u. Co. ein. Der Angeklagte, der sich schon mehrfach auf diese Weise Unterkunft im Gefängnis verschafft hat, erhielt Sonnabend 1 Jahr Gefängnis. Im Termin behauptete der Angeklagte, die That im Säuerwahnsinn begangen zu haben.

Personalien. Der Senat hat dem Kirchenvogt der St. Marienkirche S. W. L. Oldorf den Familiennamen Glade verliehen.

Zug von Arbeitern nach dem Herrn Lohrmann in Lübeck gehörenden Fabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da L. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Kein

Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüdern in Sternberg in den Rücken fallen!

Cutin. Einen interessanten Verlauf nahm die am Sonnabend Abend im Lokale des Herrn Schröder abgehaltene Volksversammlung. Das Lokal war bis auf den letzten Platz besetzt, auch mehrere Frauen waren erschienen. Wie uns Cutiner Genossen mittheilen, haben wir solche staatsbesuchte sozialdemokratische Wählerversammlung noch nicht zu verzeichnen gehabt. Die Tagesordnung lautete: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie.“ Genosse Stellung aus Lübeck erläuterte zunächst die Thätigkeit des Reichstags und ging dann zu einer scharfen Kritik des Verhaltens der bürgerlichen Parteien, insbesondere der freiwilgigen Volkspartei anlässlich der Brodwucherdebatte im Reichstage über. Sodann beschäftigte er sich in eingehender Weise mit den Nationalsozialen und stellte deren Programm dem der Sozialdemokratie gegenüber. Der außerordentlich lebhafter Beifall, den die Mehrzahl der Versammelten diesen Ausführungen spendete, bewies, daß Redner denselben aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion vertrat an Stelle des verhinderten Herrn Neumann Herr Kuhlmann den nationalsozialen Standpunkt und versuchte, die gegen seine Partei erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Insbesondere war Redner der Meinung, daß Nationalsozialismus und Sozialdemokratie sich nur durch ihren Gegensatz zur Heeres- und Flottenpolitik unterscheiden. Genosse Stellung trat dieser Auffassung scharf entgegen und verwies darauf, daß die Sozialdemokratie dadurch im Gegensatz zu allen anderen Parteien stehe, daß sie die heutige bürgerliche Gesellschaftsordnung bekämpfe. Nach einer Erwiderung des Herrn Kuhlmann, in der er betonte, daß die Nationalsozialen bei einer Stichwahl ev. einem Sozialdemokraten, als kleineres Uebel, ihre Stimmen geben würden, trat der Referent in seinem Schlusswort nochmals warm für die Sozialdemokratie ein und empfahl den Versammelten, bei der Reichstagswahl dem Genossen Hug ihre Stimmen zu geben. Gleichfalls forderte er zur energischen Agitation und zum Abonnement auf die Arbeiterpresse auf. Nach einigen persönlichen, äußerst scharf gehaltenen Bemerkungen zwischen Herrn Kuhlmann und Gen. Stellung erfolgte um 11 1/2 Uhr Schluss der imposanten Versammlung, die uns zweifellos neue Anhänger zugeführt hat.

Cutin. Zur Entgegennahme der Kriegsbeordnungen für die Zeit vom 1. April 1903 bis Ende März 1904 haben sich die der Reserve, Ersatzreserve und Landwehr angehörenden Personen, soweit sie in der Stadt Cutin wohnhaft sind, in der Zeit vom 23.—28. ds. Mts., Vormittags von 11—1 Uhr oder Nachmittags von 5 1/2—7 Uhr auf dem Rathhause (Polizeibureau) einzufinden. Die Militärpässe sind mitzubringen. — Das Konkursverfahren über das Vermögen des Sattlers und Tapezierers Janssen ist nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins aufgehoben worden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Fensterputzer Hamburgs und Umgegend haben den Unternehmern einen Lohnvertrag unterbreitet, welcher erst von wenigen Unternehmern anerkannt worden ist. Im Interesse der so schlecht bezahlten Fensterputzer Hamburgs liegt es, wenn jeder Zugang streng vermieden wird. — Die Bremer Barbiergehilfen befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie fordern u. A. Abschaffung des Kost- und Logiszwangs beim Meister, Minimallohn von 20 Mk. wöchentlich, Regelung der Arbeitszeit, Paritätlicher Arbeitsnachweis, Beschwerdekommission von drei Gehilfen und Prinzipalen. Anerkennung des Gehilfenverbandes. Die Barbier- und Friseur-Zunngung verhält sich trübsalnehmend. Die Lohnkommission der Gehilfen hat nunmehr das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen.

Keine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg wurden 2 kleine Mädchen von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt. — Die Stelle einer Assistentin bei der Hamburgischen Gewerbe-Inspektion ist dem Fräulein Clara Elben übertragen worden. Fräulein Elben hat sich auf den Universitäten Berlin und München mit sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Studien beschäftigt und ist durch ihre Arbeiten auf diesen Gebieten bekannt geworden. — Ein Kampf auf Leben und Tod entspann sich in Hamburg bei der Verhaftung eines Sandhühners wegen Diebstahlsverdachts. Derselbe durchschwamm zunächst den Zollkanal und schlug dann mit einer schweren Eisenstange um sich. Er wurde aber überwältigt und gefesselt. In diesem Zustande stürzte er sich abermals in den Zollkanal hinein. Hier im Wasser entspann sich dann ein heftiger Kampf, bei dem der Schiffer unterlag. — Nach dem Genuss von Braubier erkrankte in Finckenwärd bei Hamburg ein Schneider nebst seinem 3 Kindern. Eines der Letzteren ist bereits gestorben. Untersuchung ist eingeleitet. — Wegen Urkundenfälschung und Betrug verurtheilte die Moskauer Strafkammer den Genbarmerierwachtmeister A. D. Kühn zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Derselbe hatte das Testament seiner Frau dahin gefälscht, daß er alleiniger Erbe sei. — In Oldenburg erschloß sich der Musiketier Jähne mit einer Waspatrone aus seinem Dienstgewehr; der Grund ist noch nicht ermittelt.

Neustadt i. S. Die Bündler und die Reichstagswahl. Der „Kieler Ztg.“ wird geschrieben: „Da unser bisheriger Reichstagsabgeordneter Herr Konfistorialrath Dr. Stodmann zu Münster durch seine Abtinnung in der Zolltarifvorlage agrarische Wähler unseres Kreises sehr verstimmt hat, auch bis da sich nicht geneigt gezeigt haben soll, eine bindende Erklärung in Bezug auf seine Stellung zu in der nächsten Legislaturperiode zur Entscheidung kommenden, die Landwirtschaft eng berührenden Fragen abzugeben, beabsichtigten Mitglieder des Bundes der Landwirthe einen eigenen Kandidaten in der Person des Herrn v. Levesow-Selbeck, eines redgewandten, zielbewußten Agrariers, aufzustellen. Wie wir hören, ist man auf Fehrmann schon in eine rege Agitation für diesen Kandidaten eingetreten.“ — Hoffentlich bleibt dieser „redgewandte, zielbewußte“ Agrarier auch noch nach der Reichstagswahl Kandidat!

Rehua. Von der Toleranz der evangelischen-Lutherischen Kirche. In der Mecklenb. Ztg. lesen wir: „Am Schlusse des Gottesdienstes wurde der Gemeinde bekannt gegeben, daß der Buchbinder M., welcher seit mehreren Jahren Aufenthalt in überseeischen Ländern gehabt hat und vor einiger Zeit nach hier zurückgekehrt ist, aus der evangelischen-Lutherischen Kirchengemeinschaft ausgeschlossen sei. Eine Erklärung darüber, ob er einer anderen Kirchengemeinschaft beigetreten sei oder beitreten wolle, hat er nicht abgegeben.“ — Also ein echter, rechter Kirchenbau! Es ist nur jammer schade, daß wir uns nicht mehr im Mittelalter, sondern im 20. Jahrhundert, in un derartige Bannerkämpfungen dem Fluche der Rächlichkeit verfallen, befinden.

Wismar. Solts Heimkehr und Begrüßung. Morgens um 5 1/2 Uhr schied unser Genosse Solts aus dem Zuchthaus entlassen. Eine Deputation hatte sich dort eingefunden und begrüßte den wieder in die Freiheit

Tretendbett, der sichtlich bewegt war. Mit dem Zuge 10 1/2 ging's gen Wismar. Auf einigen Stationen hatten sich Bekannte eingefunden, die Solts grüßten. In kleinen Wartehäusern der Vater und der Sohn Solts auf diesen. Das Wiedersehen dieser drei bot ein herzerreißendes Bild, so schreibt unserm Mecklenb. Parteiorgan ein Mitglied der Deputation. Auf dem Bahnhof in Wismar endlich waren weit über 100 Personen, welche unseren unglücklichen Genossen freudig, wenn auch kumm, begrüßten. Die seelische Erregung aller war eben bei dem ersten Wiedersehen so groß, daß sich kein Laut von den Lippen rang. Dann wurde Solts nach Hause geleitet. Viele, sehr viele Fenster und Thüren des Weges, den S. gehen mußte, waren bestanden von Menschen, die alle den Heimkehrenden sehen und begrüßen wollten. Verschiedentlich wurden ihm Blumenkränze zugeworfen. Gurlanden und Blumen im Hause des Genossen S. brachten diesem dann den untrüglichen Beweis, daß er der Wismarschen Klassenbewußten Arbeiterschaft nach wie vor der Ehrenmann ist, der er vor dem war. Abends fand für einen engeren Kreis ein polizeilicher Verbots nicht gehalten werden. (!!) Aber die Anwesenden wußten auch so Genossen Solts, der nach ihrer Ueberzeugung unschuldig so Schmers über sich ergehen lassen mußte, einige freudige Momente zu bereiten. Sein Platz war mit Blumen und Grün beschmückt, und der Arbeiter-Gesangverein begrüßte Solts mit Liedern.

Güstrow. Das Schwurgericht verurtheilte am Sonnabend den Besindevermieter Joseph Müller aus Güstrow wegen Verleitung zum Meineide zu 4 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und dauernder Unfähigkeit, als Sachverständiger oder Zeuge eidlich vernommen zu werden.

Bremerwähen. Kom Lloyd. Die bereits in letzter Nummer erwähnte Kommission ist Freitag Nachmittag bei Hinch vorstellig geworden. S. suchte zunächst allerlei Ausflüchte, verhielt sich dann jedoch nicht absolut ablehnen. Bis Dienstag müßte die Sache, so meinte er, dahingehen in der Schwebung bleiben. Die Kommission wird inzwischen nochmals wieder vorstellig werden. Neue Entlassungen, die, wie die Bremer Bürger-Zeitung bestimmt weiß, Sonnabend früh erfolgen sollten, haben nicht stattgefunden. Daraus besondere Schlüsse zu ziehen, wäre verfrüht, bemerkenswert ist die Thatsache jedoch trotzdem. Die Arbeiter bewahren nach wie vor eine musterhafte Disziplin.

## Lübecker Stadttheater.

Die Jungfrau von Orleans, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Die am Sonnabend stattgefundene Aufführung dieses klassischen Dramas hatte ein zahlreiches Publikum angelockt, das allerdings vorwiegend in noch sehr jugendlichem Alter stand. Es ist erfreulich, dieses konstataren zu können, da bisher im Schauspiel eigentlich nur „Alt-Heidelberg“ und höchstens noch im „Im bunten Rod“ vor vollem Hause gespielt wurde. Wie bei Schillers sämtlichen dramatischen Werken der Schwerpunkt in Gedankenreichtum und in der wunderbar schönen Sprache liegt, so festelt auch die „Jungfrau“ durch diese Eigenschaften. Die Wiedergabe stellt bedeutende Anforderungen an die Künstler, namentlich an die Vertreterin der Titelrolle. Fräul. Dewald war wieder mit großem Fleiß an ihre Aufgabe herangegangen, und schuf, obwohl ihr die Rolle der Johanna nicht recht liegt, eine anerkannterwerthe Leistung. Ebenfalls Gutes boten Herr Wagner vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg als König und Herr Zimmerer als temperamentvoller Dunois. Weiter sind noch lobend zu erwähnen Fräul. Jungmann (Agnes Sorel) und die Herren (Robert) Talbot, Sellmer (Lionel) und Seidler (Thibaut). Daß bei der großen Zahl der Mitwirkenden nicht alles gleich gut ging, ist selbstverständlich. Unlieblich berührten die wiederholten Stockungen, die dem Publikum nur die leere Bühne zeigten. Die genügsamen Zuschauer waren mit dem Gebotenen sehr zufrieden und zeichneten die Mitwirkenden durch lebhaften Beifall aus.

„Der Prophet“, große Oper in 5 Akten von Meyerbeer, gelangte am Sonntag Abend zur Aufführung. Man kann ein Anhänger des vielgeschmähten Komponisten sein, und muß doch zugeben, daß „Der Prophet“ eine der schwächsten Opern Meyerbeers ist. Die Handlung, deren stark verwickelter Hintergrund die Wiedertäuferbewegung im 16. Jahrhundert bildet, ist sehr dürftig; die Szene wird vielfach nur belebt durch Ballets, die aber hierorts dem großen Nothstand aus leicht erklärlichen Gründen zum Opfer gefallen waren. Eine einzige, wirklich bedeutende Barthe enthält das Werk, vielleicht die beste, die Meyerbeer geschrieben, und das ist die Fides. Hier werden warme Herzenstöne angeschlagen. In der eben genannten Rolle gastirte Fräul. Wiehle, ohne jedoch einen vollen Erfolg erzielen zu können. Ihrer Stimme, die nach der Tiefe hin zu wenig ausgiebig erscheint, fehlte der nöthige Klangreiz, um den Hörer gefangen nehmen zu können. Obwohl man an der Künstlerin Routine in jeder Beziehung wahrnehmen konnte, mangelte trotzdem ihrer Leistung die nöthige Ausdrucksfähigkeit, um das tiefe Mitgefühl für die unglückliche Mutter im Herzen des Publikums zu wecken. Für den Propheten hatte die Direktion Herrn Wille aus Kostock gewonnen; aber auch dieser Gast erlang keinen vollen Sieg. Es mag sein, daß der Herr besungen war, doch sicher ist, daß sein Organ nicht sonderlich sympathisch klang und auch die Darstellung noch eine feinere Ausarbeitung vermissen ließ. Recht gut fand sich Fräul. Kurt mit der Bertha ab. Die ganze Aufführung, die durch längere Pausen einen erhöhten Reiz erhielt, wirkte nicht gerade begeisternd, obwohl sie anscheinend durchaus nicht ungenügend vorbereitet war; vielleicht war an der mangelnden Stimmung auch die im Raume herrschende schwüle, stickige Luft mit Schuld.

## Letzte Nachrichten.

Elbing. Beim heimlichen Ueberschreiten der russischen Grenze wurden bei dem Dorfe Gohierszino im Kreise Strasburg von der russischen Grenz-wache zwei Frauen erschossen und ein Mädchen verwundet. Sie gehörten zu einem größeren Trupp russischer Arbeiter, der in Preußen Arbeit suchen wollte.

Dresden. Hinrichtung. Im Hofe des hiesigen Landgerichtsgesängnisses wurde Sonnabend früh der ehemalige Straßenbahnführer Lerch hingerichtet. Er hatte vor drei Jahren einen bei ihm logirenden jungen Mann in sündlicher Weise ermordet, den Leichnam zerstückelt und ihn in einen Koffer verpackt in die Elbe geworfen.

Düsselndorf. Ein Bild menschlischer Berkommenschaft bot vor der hiesigen Strafkammer der Hüttenarbeiter Franz Herrling aus dem benachbarten Erkrath, der mit seiner Tochter seit Jahren in Bluthünde lebte; aus diesem Umgang sind zwei Kinder entpfloten. Das Gericht verurtheilte Herrling zu 4 Jahren Zuchthaus, die Tochter zu 1 Jahr Gefängnis.

**Böhm.** In der Grubenkatastrophe auf der Zeche "Mollke" meldet die "Rhein-West. Btg.": Freitag ist es gelungen, bis zu den auf der Zeche "Mollke" Verschlütteten vorzudringen. Eine Leiche wurde bereits geborgen.

**Charleroi.** Blis Schlag in ein Haus. Während eines Gewitters schlug der Blitz in ein Wohnhaus, in dem sich sechs Personen befanden. Vier von ihnen wurden schwer verletzt.

**London.** Das Ende eines modernen Blauharts. Das Schurgericht verurteilte den Giftmischer Klossowski, welcher sich unter dem Namen Chapamann hier aufhielt, zum Tode. Der Angeklagte hatte eine ganze Reihe Personen, meist Frauen, mit denen er eine Ehe eingegangen war, vergiftet.

**Rom.** Millionen-Diebstahl. In der Nacht zum Sonnabend wurden in Casale im Hause einer Wittve Wertpapiere im Betrage von fast drei Millionen Lire gestohlen.

**Konstantinopel.** Die Cholera ist nach amtlicher Meldung in Damaskus von Neuem ausgebrochen.

**Newyork.** Schrecksthat einer Irreningen. Ein furchtbares Drama spielte sich auf einer Farm im Staate Newyork ab. Eine Frau Namens Crombridge, welche plötzlich irrsinnig wurde, erschlug ihre 80jährige Mutter mit einem Nagelisen und schritt alsdann mit einem Rasirmesser ihrer Tochter den Hals durch, worauf sie die Farm ansteckte. Die zur Hilfeleistung herbeieilenden Nachbarn bedrohte sie mit einem Revolver. Schließlich begab sich die Irrenge in das brennende Gebäude, wo sie umkam.

**Sidney.** Ein Grobriever zerstörte das Mieslagerhaus "The Gentsch Bond". Der Schaden wird auf 10 Millionen Mark geschätzt.

sofort zu entlassen. 2) Die Kasse macht, wie man uns mittheilt, von dem Paragraphen so gut wie gar keinen Gebrauch. 3) Die Frage erledigt sich durch die Antwort unter 1.

**Lübecker Marktpreise vom 21. März.**

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Käse Stk. —, —, Euten Stk. 3,50 Mk., Hühner Stk. 2,00 Mk., Küken Stk. —, —, Länben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. —, —, Fricans 3,25 Mk., Schweinestopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 0,88 Mk., Würst Pfd. 1,20 Mk., Eier 11 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barjehe Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

**Briefkasten.**

2. M., Kiel. 1) § 123 Absatz 8 der Gewerbeordnung giebt dem Arbeitgeber ein Recht, Sie aus diesem Grunde

**Ein Logis zu vermieten**  
Westhoffstraße 20, II.  
Zu sofort ein gutes Logis  
Rüchtingstraße 41.  
zum 1. Juli oder sofort die freundl. I. und 2. Etage, 3 Zimmer und Zubehör  
Kottwitzstraße 34.  
Ein junges Ehepaar sucht zum 1. Juli eine Wohnung im Preise bis zu 200 Mk., am liebsten vom Kohlenthor.  
Off u. O H an die Exped. d. Bl.  
Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung von 3 erwachsenen Personen im Preise von 150—200 Mark  
Off u. L S an die Exped. d. Bl.  
Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung vor'm Hühnerthor für jüngere Leute ohne Kinder, Miethe 180 Mk.  
Off u. H an die Exped. d. Bl.  
Gesucht für ältere Leute zum 1. Juli eine Wohnung im Preise von 160—180 Mk.  
Off u. A B an die Exped. d. Bl.  
Gesucht zu Oftern ein Tabakspinner-Lehrling und eine Arbeiterin.  
E. Wiencke, Johannisstraße 43.

Suche für mein Kolonial- und Delikatessengeschäft zum 1. April d. Js einen Lehrling.  
Off. u. O 98 an die Exped. d. Blattes.  
**Sogleich eine tüchtige Näherin** sowie junge Mädchen zur Erl. der Damenschneiderei. Emma Cruse, Eintrachtstr. 16.  
**Ein unterhalt. Kinderst. wagen** zu verkaufen Herdringstraße 22, Goldschmied.  
Gesucht ein gut empfohlener, zuverlässiger **Kutscher** welcher im Rechnen bewandert.  
Aug Scheere, Thüringer Wurfstraße, Lübeck.

**Sommerjacket mit Kragen** passend für Konfirmandinnen, billig zu verkaufen  
Alteide 22, 1. Et.  
**Ein Sitwagen billig zu verkauf.**  
Friedenstraße 79.

Billig zu verkaufen 1 mod. guterh. Kinderwagen mit Keil und Matrass, 1 Nähmaschine, 1 Plättchen, 1 Paar Herrenstiefeln Nr. 42 Herkisch 2, 1 Seehäut.  
Zu verkaufen eine große Thür, passend zum Stall oder Wagenremise  
Catharinenstraße 63 a.

Zu verkaufen: 2 Vertikalen, Waschisch, 2 Hübschlad pol Kommoden, 1 alte Kommode, alter Küchenschrank und ein Sommerumbang für eine Frau, 2 Stunden getragen, billig  
Sadowstraße 13, pari.  
**Zu verkaufen ein Kasseimer**  
Küderstraße 10

Eine Partie **schöne Ferkel**  
Herm. Schlüsch, Stofeldorf.

**Mäsche für junge Leute** wird gewaschen und ausgebleicht  
Johannisstraße 46, 5, I.

Ihren reizigen . 1,50  
Federn einischen . 1,50  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Qual. 0,30  
**Aug. Böttner,**  
Uhrmacher,  
Hühnerthor 32.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
(Zahlstelle Lübeck)

**Mitglieder-Versammlung**  
am Dienstag den 24. März, Abends 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Lohnkommission über den gegenwärtigen Stand unserer Lohnbewegung.  
2. Fragekasten. 3. Verschiedenes.  
— Alle Kollegen müssen erscheinen. —  
Die Lokalverwaltung.

Entscheidender Redakteur für den germanischen Theil der Zeitung mit Redaction der "Lübeck und Umgegend", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen. — Verantwortlicher Redakteur für die "Lübeck und Umgegend", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen. — Redakteur: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Gröbelpolstr. 23.

**Geschäfts-Verlegung.**

Meiner verehrten Kundschaft, dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend hierdurch die ergebene Mittheilung, dass ich am heutigen Tage mein **Drogen- u. Farbengeschäft** von der Königstrasse 133 nach der **Mühlenstrasse 38** verlegt habe.

Indem ich für das mir seit 12 Jahren entgegengebrachte Vertrauen bestens danke, bitte ich, mir dasselbe auch in meinem neuen Lokal zu bewahren.

Hochachtungsvoll **Aug. Prösch.**

**Zur Konfirmation**  
empfehlen  
unsere prachtvollen **Gratulations-Karten**  
in großer Auswahl und zu verschiedenen Preisen.  
**Neueste Lübeckische Gesangbücher**  
in verschiedenen Preislagen.  
Unsere Kolporteurs nehmen ebenfalls Bestellungen an.  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

**Tilsiter Käse**  
hochfein im Geschmack  
Pfd. 60 u. 80 Pfg.  
empfehlen  
**Th. Storm, Königstraße 98.**  
Jeden Montag und Dienstag Morgen:  
**Eimerbier.**  
F. Ploen Ww., Bahnhstr. 33.

**Die Nord-Wacht.**  
Dreimal wöchentlich erscheinendes politisches Organ für das norddeutsche Volk Nordwestdeutschlands.  
Preis monatl. 50 Pfg., vierteljähr. 1,50 Mk.  
Redaktion u. Exped.: Dom, Neue Wiltz, Str. 82 — Postzeitungsamt Nr. 5820 —  
Zur Agitation auf dem Lande ganz besonders geeignet. \*\*  
Probenummern lassen zur Verfügung

**Empfehlungs-Karten**  
Liefert prompt und sauber  
Die Druckerai des Lüb. Volksboten.

Verlauf in Gebirgen u. Glaschen: Gr. Gröbelpolstr. 23  
und in vielen einschlägigen Geschäften.

Vertheilen und Gänblern Borgungspresse.



J. C. Wessel.

**Geruchlose Hölzer**  
für  
Birch-  
kasteln.  
Badet  
1,50 Mk.  
bei  
**Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
Frisches  
**Kopfn. Wein**  
Pfd. 25 Pfg.  
**Dünne Rippen**  
Pfd. 30 Pfg.  
empfehlen  
**Carl Schröder**  
obere Hühstr. 6.  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
Prima **Wildfleisch**  
dickfleischiges  
Pfd. 30 und 40 Pfg.  
W. Holst, Bäckerstraße 13 a.

**St. Lorenz-Brauerei**  
Jeden Dienstag und Freitag:  
**Eimerbier-Verkauf**  
von Nachmittags 4 Uhr an.  
**Verkaufsstellen:**  
Nebenhoffstraße 12.  
Wickestraße 42.  
Kleinstraße 7.  
Krähenstraße 14.

Die Eimerbier-Verkaufsstelle  
Hühstr. 77  
(frühere Genossenschafts-Brauerei)  
ist verlegt worden nach  
**Krähenstr. 14.**

**Achtung!**  
Verband der Fabrik-, Land-, Hülfswarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands  
(Zasthelle Lübeck.)  
**Extra-Mitgliederversammlung**  
am Dienstag den 24. März  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Zugordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
Jedes Mitglied muß in der Versammlung erscheinen.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.  
Die Ortsverwaltung.

**Panorama**  
(Kittale Berlin, Passage)  
Breitestrasse 53, 1. Etag.  
Diese Woche:  
Wanderung an der malerischen **Mosel.**

**Stadt-Theater.**  
Sonabend den 28. März 1903:  
**Abschieds-Benefiz-**  
Vorstellung  
für  
**Franz Frank.**

**„Don Juan“**  
Oper von W. A. Mozart.  
Nach der Münchener Einrichtung mit den drei Original-Orchestern.

**Stadt-Theater.**  
Dienstag den 24. März, 7 1/2 Uhr.  
177. Borst. 154 Ab Borst. 26. Dienstag-Ab.  
Jugend.  
Drama in 3 Akten von Max Halbe.  
Mittwoch: (Benefiz Pabst) Wildfeuer.  
Freitag: (Gastspiel Whitehill) Margarithe.  
Sonabend: (Benefiz Frank) Don Juan.

Entscheidender Redakteur für den germanischen Theil der Zeitung mit Redaction der "Lübeck und Umgegend", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen. — Verantwortlicher Redakteur für die "Lübeck und Umgegend", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen. — Redakteur: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Gröbelpolstr. 23.

## Die Bedeutung des amtlichen Waarenverzeichnisses.

Bekanntlich wird gegenwärtig im Reichsschatzamt das neue Waarenverzeichnis aufgestellt, welches für die Verzollung der Waaren nach dem neuen Tarif maßgebend sein wird. Welche praktische Bedeutung das Waarenverzeichnis für die technische Zollbehandlung hat, erörtert ein Artikel der „Deutschen Wirtschaftspolitik“, den ein höherer Zollbeamter aus den Erfahrungen seiner Praxis geschrieben hat.

Danach ist das amtliche Waarenverzeichnis als Kommentar des Zolltarifs aufzufassen. Ohne Inanspruchnahme der Reichsgesetzgebung nur im Wege der Neubekanntmachung dieses amtlichen Kommentars kann unter Umständen eine zollfreie Waare zu einer zollpflichtigen und umgekehrt eine bis dahin zollpflichtige zu einer zollfreien gemacht werden. So bestimmt der heute gültige Tarif in Nr. 24b, daß Statuen von Marmor oder andern Steinarten zollfrei sein sollen. Das Waarenverzeichnis schränkt diese Bestimmung dahin ein, daß die Zollfreiheit der Statuen nur zugefunden wird, sofern sie Kunstgegenstände sind. Ferner: Position 30e 2 lautet: Spitzen, Blonden und Stidereien ganz oder theilweise aus Seide 600 Mt. per Doppelpentner. Das Waarenverzeichnis aber verfährt, daß seidene Spitzen, die eine weitere Bearbeitung durch Nähen erhalten haben, zu 1200 Mt. per Doppelpentner verzollt werden sollen, und daß Stidereien auf Seidengaze, Krepp oder Flor mit 1000 Mt., solche auf seidernen Strumpfwaren, gemustertem Lüll etc. mit 800 Mt. per Doppelpentner in Verzollung zu nehmen seien. Während nach dem Tarif Barometer, Thermometer, Hygrometer etc. ohne weiteres zollfrei waren, enthält das am 1. Juli 1896 in Kraft getretene Waarenverzeichnis bei den genannten Artikeln die Bestimmung „nach Beschaffenheit des Materiales“.

Bei dem bestehenden Waarenverzeichnis ist vor allen Dingen die Schwierigkeit der Orientierung un bequem, da viele Waaren nicht unter der gefäugigen Bezeichnung, sondern unter oft geradezu gesuchten Stichworten gruppiert sind. So findet man Fahräder unter „Draisinen“. Bei Obstweinen wird man auf „Eiber“ verwiesen. Sucht jemand „Paradiesäpfel“, so wird er auf „Gebräte“ hingewiesen, findet aber unter „Gebräte“ wieder keine Tarifnummer und keinen Zollsatz, sondern die Bemerkung, daß Gebräte wie Zitronen verzollt werden und diese unter Süßfrüchten zu suchen seien. Bei Vinoleum heißt es: wie „Kampulikon“. Hat man Kampulikon glücklich gefunden, so wird man auf Decken (Fußdecken) verwiesen. Geradezu originell ist die Definition von Lederimitation:

Unter den Begriff des unechten Leders fallen alle ohne Verwebung von Leder hergestellte Stoffe, welche durch Färben oder Ueberziehen mit Lack, Deltomposition oder dergleichen, sowie außerdem durch Prägen mit Walzen etc. oder durch andere zweckentsprechende Behandlung ein dem Leder ähnliches Ansehen erhalten haben und dabei eine solche Stärke und Zähigkeit besitzen, daß sie als Ersatz von Leder dienen können.

Der Verfasser bemerkt dazu humoristisch, man könne in wörtlicher Befassung dieser Vorschriften auch Wagenräder, die aus hydraulisch gepresster Pappmasse hergestellt sind und durch Ueberziehung mit Lack ein dem Leder ähnliches Aussehen erhalten haben, zolltarifarisch als feine Lederwaare behandeln.

Solche Beispiele zeigen, welche Fehler vor allen Dingen bei dem neuen Waarenverzeichnis zu vermeiden sind. Die weitgehende Spezialisierung des neuen Tarifs erleichtert ohne Zweifel die Kubrizierung im Waarenverzeichnis wesentlich. Immerhin sollte jeder Industrielle, jeder Importeur, den neuen Tarif aufmerksam daraufhin betrachten, ob die Waaren, an deren Fabrikation oder Einfuhr er Interesse hat, so bezeichnet sind, daß ein Zweifel über ihre Tarifirung ausge-

schlossen ist. Erscheint die Bezeichnung nicht unzweideutig genug, dann müssen entsprechende Vorschläge für eine Erläuterung im Waarenverzeichnis gemacht werden. Der Handelsvertragsverein hat für die ihm angeschlossenen Kreise bereits die erforderlichen Schritte gethan, um eine Sammlung und Bearbeitung des einschlägigen Materials in die Wege zu leiten. Wie aus dem ihm vom Reichsschatzamt zugegangenen Bescheide erhellt, wird der Entwurf des Waarenverzeichnisses vor seiner Vorlegung an den Bundesrath den Bundesregierungen mit eigener Zollverwaltung zur Begutachtung übermittleit werden, mit der Maßgabe, daß diese den Interessentenkreisen Gelegenheit gäben, den Entwurf einer Prüfung zu unterziehen und eventuelle Abänderungswünsche geltend zu machen. So könnte es sich vielleicht als praktisch erweisen, wenn beim Artikel „Muster“ gesagt würde, daß Herkleinern, Zerklneiden, überhaupt das Unbrauchbarmachen zu andern Zwecken als zu Mustern bei allen Waaren gestattet sei, (z. B. braucht ein 30 Meter langes Stück Tuch nicht verzollt zu werden, wenn es bei der Schlußabfertigung in kleine Musterabschnitte zerlegt wird.) Ferner sollte die Fassung der Anwendung der Zollzuschläge so bündig sein, daß nicht nur der Zollbeamte, sondern auch der Handeltreibende sich ein klares Bild verschaffen kann, in welcher Weise diese Zuschläge berechnet werden; ob einzeln oder durch Akkumulierung. So heißt es im neuen Tarif z. B.: „Gespinnstwaren mit Metallfäden (Zuschlag 10 pCt.) zugleich broschirt (plus 10 pCt.), gesäumt und genäht (plus 15 pCt.)“ Wird nun hier ein Zuschlag von zusammen 35 pCt. vom Normalzoll für Gespinnstwaren berechnet oder zunächst Grundzoll plus 10 pCt., dann zu dieser Summe noch 10 pCt. und endlich hierzu 15 pCt. geschlagen? Alle solche Fragen müssen durch das neue Waarenverzeichnis zweifelsfrei entschieden werden.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die organisierten Pönditoren Berlins haben beschlossen, einen Lohn-tarif aufzustellen und den Prinzipalen vorzulegen. — Den Dresdener Schreibern der Schreibstube Drenkhof in Berlin gelang es, mit Unterstützung des Zentralverbandes der Handlungsgehülften und Gehülfinnen Deutschlands eine Erhöhung ihres Lohnes um ca. 30 pCt. durchzusetzen. Für 100 Adressen, die bisher mit 30 und 32 1/2 Pf. bezahlt wurden, ist nun der Preis von 40 Pf. erzielt. Für Lohnarbeit beträgt jetzt der Stundenlohn 35 Pf., während bisher nur 30 Pf. bezahlt wurden. Die tägliche Arbeitszeit ist auf 8 1/2 Stunden festgesetzt worden. Der Unternehmer hat sich verpflichtet, keinerlei Maßregelungen vorzunehmen. — Die organisierten Berliner Fensterputzer fordern einen Minimallohn von 19,50 Mt. pro Woche, Extrabehaltung der Ueberstunden und Nachtarbeit, 10stündige Arbeitszeit. Diese Forderungen sind von einem Theil der Unternehmer bereits anerkannt, während mit den andern noch unterhandelt wird. — Bei der Firma Otto Kraack in Magdeburg haben 17 Putzer wegen Verweigerung einer geringen Lohn-erhöhung die Arbeit eingestellt. — Die Schneider in Rönin, deren Forderungen von den Prinzipalen abgewiesen wurden, beschlossen, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Die Forderungen der Solinger Schneider wurden anerkannt, auch die Essener Lohnbewegung ist zu Gunsten der Gehülften entschieden.

**Die Zentrale will nicht.** Die Sprengstoff-fabrik Mahsen u. Co. in Anhausen bei Siegen hat infolge eines Streiks der Patronenmacher ihren Betrieb vorläufig eingestellt. Die Betriebsverwaltung hatte den Arbeitern den geforderten höheren Lohnsatz bereits bewilligt, doch erklärte sich die Zentrale in Berlin mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. So blieb nichts übrig, als die Arbeiter zu entlassen und, da Ersatz nicht zu finden war, den Betrieb einzustellen.

**Bei den Bürgerausschuwahlen in Schwesin-**

gen siegte die sozialdemokratische Liste in der dritten Steuerklasse.

**Freifahrt für Arbeitslose.** Auf den Staatsbahnen ist versuchsweise für die Monate März und April die Einrichtung getroffen worden, daß die Arbeitslosen freie Reise erhalten; die Leute haben nur den Nachweis zu führen, daß sie ohne Beschäftigung sind und daß sich ihnen Aussicht bietet, in einem andern Ort Arbeit zu bekommen. Eine solche Bescheinigung können sich die Arbeiter von staatlichen oder städtischen Behörden, von einem kommunalen Arbeitsbureau, einem Geistlichen, Ortsvorsteher u. s. w. ausstellen lassen. — Also berichtet die „Wossische Zeitung“ aus Norwegen.

**Wegen Verleumdung des Schneidemühlen-Besitzers Müller** wurde in Oberberg (Mark) der Genosse W. Küncke zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Er hatte in einer öffentlichen Versammlung das Verhalten Müllers gegenüber organisierten Holzarbeitern kritisiert und auf dessen Strafantrag wurde dann, wie gewöhnlich, Verleumdungsklage im öffentlichen Interesse erhoben.

**Der Parteitag der belgischen Sozialdemokratie** findet während der Osterfeiertage in Brüssel statt. Die Tagesordnung ist wie folgt: 1. Das allgemeine gleiche Wahlrecht, Gewerkschaftsorganisation, allgemeine Agitation; 2. Die Propaganda mittels Broschüren; 3. Der Kampf gegen den Alkoholisismus; 4. Die Erhöhung der Parteibeiträge, Schaffung eines ständigen Sekretariates für die Gewerkschafts-Organisation; 5. Das Bureau des Generalrates. Am Ostermontag tagt der Kongress in geheimer Sitzung und beschäftigt sich mit a) dem Bericht der Kontrollkommission; b) dem Bericht der Gemeinderäthe; c) dem Antrag, das Gewerkschaftsprinzip betreffend; d) der einheitlichen Organisation der Wahlen für die Formation der Kandidatenlisten für die Legislative.

**Düngerhaufen als Familienastl.** Von einer Dame, die dem Komitee der Kinderhülfe und Rettungsgesellschaft angehört, erhält die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ folgende Schilderung einer grauenhaften Thatsache: Wer vorigen Mittwoch zufällig um 7 Uhr Abends in der Kanzlei der Kinderhülfe- und Rettungsgesellschaft IX Maria Theresienstraße 3 anwesend war, hatte Gelegenheit, zwei von der Polizei eingebrachte Kinder in Begleitung ihrer Mütter zu sehen, in einem Zustande, den zu beschreiben man sich sträubt: die Mutter vor Schmutz starrend, die Kinder nur nothdürftig in Fetzen gehüllt und halb verhungert, eine Athmosphäre um sich verbreitend, die man sonst nur in der Nähe einer Jauchgrube verspürt. Woher so viel Hunger und Elend? — Der die Leute begleitende Bachmann, ein echter, guterzogen Wiener, gab die Aufklärung: „Ja, die Frau ist mit ihren Kindern schon drei Wochen ohne Unterstand und seit vierzehn Tagen vertriehen sie sich des Nachts in der Brigittenau in einem Düngerhaufen, um nicht zu erfrieren.“ Die Gärtner klagen dort schon, daß die armen Leute, die in den überfüllten Aghen kein Obdach mehr finden, in die Düngerhaufen kriechen und sie dadurch zerstören. — Die Döckerreicher müssen sich unsere glorreiche Sozialreform anschaffen, dann haben sie eine gesicherte Existenz bis ins hohe Alter, und kein Gärtner wird sich mehr über Benutzung seiner Düngerhaufen als Wohnung zu beklagen brauchen.

**Ueber die gegenwärtige Situation** in den Niederlanden wird dem „Hamb. Echo“ geschrieben: Einige Wochen hindurch lag auf den Arbeiterfreien eine schwüle Luft. Als die Regierung nach dem 31. Januar, dem Tag des Eisenbahnstreiks, durch die gesammte bürgerliche Presse „scharfgemacht“ wurde und darauf die berichtigten Gesetzesvorlagen einbrachte, traten die Arbeiter — und zwar Sozialdemokraten, Anarchisten und Nur-Gewerkschaftler — zusammen und gründeten das Abwehrkomitee. Für die Außenwelt war dies ein Generalkstreik-Komitee, obwohl der Beschluß der Versammlung, die das Komitee niederlegte, diesem den Auftrag erteilte, die Agi-

## Schlechter Leumund.

Kriminal - Novelle von Karl Ed. Klopfer.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Weller, an dessen Lippen die Augen von Sendler und Leopold mit unverhohlener Spannung hingen, trat schweigend an den Schreibtisch seines Kompagnons und nahm die Kassenheine aus dem Papierklovert. Sowohl der Buchhalter, als auch der alte Kaufherr prallten mit einem leisen Schrei der Ueberaschung zurück.

„Sie sehen, Herr Hügel,“ sagte Weller ganz gleichmüthig, „daß Ihre Schlaueit besiegt ist — und Sie haben freilich Grund, zu erschrecken. Wollen Sie jetzt noch leugnen?“

Leopold griff sich an die Stirne, als wollte er sich befinnen, ob er nicht träume, oder ob er nicht am Ende thatsächlich in einem Anfall von Geistesabwesenheit das ihm vindizierte Verbrechen begangen habe. Sendler sah ihn ernst und strafend an; ein Seufzer entrang sich seiner Brust — jetzt war ja die ganze Schuld erwiesen.

„Zählen Sie nach, Herr Sendler, es sind fast eilftausend Mark! Die restlichen dreitausend Mark haben Sie also wohl schon verbraucht, Herr Hügel?“

„Um Christi willen,“ flammelte der Unglückliche, wie ist mir denn! Das soll wirklich bei mir in meinem Hause gefunden worden sein?“

„Amtmann Ramberg kann es bekätigen. Seine Leute entdecken das Geld im Divan verborgen. Wollen Sie Ihre famose Vertheidigung vielleicht so weit führen, daß Sie behaupten, es wäre von selber dahin gekommen?“

„Gott sei mir bei! Ich weiß nicht — ich finde keine Erklärung hierfür, aber ich bin schuldlos! Wäre es nicht möglich — meine Mutter kaufte diese Möbel bei einem Kröbler, als wir in diese Stadt zogen — wäre es nicht denkbar, daß das Geld schon vorher in dem Sofa sat, daß

es von einem früheren, vielleicht rasch verstorbenen Besitzer dieses Möbels herrührte? Sie sehen ja, es ist auch nicht die gleiche Summe, welche —“

Er mußte wohl selbst einsehen, wie hinfällig diese Annahme sei, denn er brach ab und versank wieder in sein stumpfes Hinbrüten.

Weller hielt es nicht der Mühe werth, die Argumente Hügel's anders, als durch ein kurzes Achselzucken abzuweisen.

„Hügel, lassen Sie die Ausflüchte,“ sagte Sendler bewegt, „legen Sie ein offenes Bekenntniß ab — dann gäbe es noch eine Rettung für —“

„Nein!“ unterbrach ihn da sein Kompagnon mit starker Stimme und schlug energisch auf den Tisch; „nein, jetzt käme auch ein Geständniß schon zu spät, das unter solchen Umständen ein sehr wohlfeiler Rückzug wäre. Ob er nun gesteht oder nicht — das Gesetz soll über ihn entscheiden.“

Er soll durch seine bisherige Halsstarrigkeit, durch den Eynismus, mit welchem er uns gleichsam zum Narren hielt, durch seinen Undank — das finden, was ihm gebührt. Hätte er das Geld verspielt, dann wollte ich gerne ein Auge zudrücken, aber — er hat es sich als künftigen Fonds bei Seite geräumt, er dachte uns in seiner thörichtesten Zubersticht auf seine bislang bewährte Ehrlichkeit vielleicht doch noch mit so albernem Märchen wie einem Diebstahl von fremden Händen zu täuschen; oder er vergaß vielleicht im Drang der Beschäfte in letzter Zeit, das Risiko durch eine falsche Buchung zu verbergen, die Entdeckung hinauszuschieben.

Kurz — Herr Leopold Hügel ist nicht mehr bloß ein leichtsinniger Spekulant, der durch das Fehlschlagen seiner Pläne zur Malversation verleitet wurde, sondern — ein gemeiner, raffiniertes Dieb!“

Hügel fuhr mit einem Schrei verzweifelter Wuth empor und stürzte auf den Sprecher zu, als wollte er ihn für dieses Wort in's Gesicht schlagen, aber der strenge Blick Weller's, seine energische Haltung ließen ihn zurücktaumeln. Er lehnte

sich mit einem unartikulirten Ballen an die Wand und sank daran ohnmächtig zu Boden.

Sendler, der seinem Kompagnon nicht zu widersprechen gewagt hatte, eilte jetzt herzu und versuchte, den Gefürzten aufzurichten. Weller ging festen Schrittes zur Thür und winkte den Harrenden herein.

„Herr Amtmann, bitte, treffen Sie Ihre Maßregeln, diesen Mann, als der Veruntreuung überwiesen, in Haft zu nehmen!“

Fräulein Sendler erblickte bis in die Lippen, als ihr der Vater beim Mittagstisch über die gewaltigen Ereignisse des heutigen Vormittags Bericht erstattete. Heiß und schmerzlich wallte es in ihrem Herzen auf als sie die entsetzliche Kunde vernahm. Hätte sie nicht schon längst gewußt, daß sie den jungen, häßlichen Buchhalter liebte, ihr Schmerz bei der Nachricht von seinem Vergehen würde sie zum Bewußtsein ihrer Gefühle gebracht haben. Sie wollte laut ausschreien, es laut hinausrufen, es könne ja nicht möglich sein, daß sich ihr armes Herz in seinem Gegenstande so arg getäuscht habe, Hügel müsse unschuldig sein, aber das fürchtbare Weh, das in ihrem Innern brannte, erschickte jeden Laut in der Kehle. Die Schuldbeweise waren ja auch zu schwerwiegend — und sie erinnerte sich mit Schred der Worte, die Leopold selbst noch vor wenigen Tagen zu ihr gesprochen, Andeutungen, daß er sich nach Mitteln sehne, um reich zu werden. Freilich — ihrerwillen hatte er ja diesen Wunsch gehegt, das Ziel, die durch den Standesunterschied von ihm getrennte Geliebte zu erringen, war auch der Sporn zu seiner unglückseligen That gewesen — aber mit Absichten mußte Marie jetzt an seine Neigung denken; sie glaubte sich beschimpft durch die Liebe eines Menschen, der zur Erreichung seines Zweckes zu solchen Mitteln griff, und hätte über sich selbst weinen mögen, daß sie einem solchen Charakter, wenn auch aus Mißverständnis ihr Herz geschenkt hatte. Aber wer konnte denn das auch denken! . . .

tation gegen die Gesetzesvorlagen zu führen und, falls Eisenbahner und Hafensarbeiter zum politischen Streik greifen würden, die Solidarität der niederländischen Arbeiterklasse anzurufen. Ob die Solidarität sich durch den Generalstreik äußern sollte, das blieb den Umständen überlassen. Das große Publikum aber fragte sich jeden Tag ängstlich: „Wird heute der Streik ausbrechen?“ Unter den Arbeitern wiederum waren diese Wochen hindurch viele, die mit Ungeduld den Tag der That erwarteten, während Andere der Ansicht waren, daß die Dinge eine Wendung nähmen, die den Generalstreik unnötig mache, ja, daß er unmöglich und der Versuch schädlich sein würde. Es sei besser, die öffentliche Meinung für die Arbeiter zu gewinnen und so das Zustandekommen der Gesetze zu verhindern. Weiter kam in Erwägung, daß der Gegner auf der Hut war, daß die Regierung, die Eisenbahnerverwaltungen und die Unternehmer im Hafenbetrieb ihre Maßnahmen treffen konnten, daß die Gesellschaften und sonstige Streikbrecherwerber in voller Thätigkeit waren. Ein anderer, schwer ins Gewicht fallender Umstand ist die Thatsache, daß jetzt gerade die wirtschaftliche Konjunktur sich hebt, der Hafenverkehr reger wird, die Bauten in Angriff genommen werden, daß somit die Zeit für Lohnbewegungen gekommen ist. Die holländischen Gewerkschaften sind fast ausnahmslos in der letzten Periode stark angewachsen und werden etwas zu erringen suchen. In Amsterdam allein sind Zimmerleute, Bäcker, Erdarbeiter, Schuttenführer, Tapezierer und Metallarbeiter dabei, die Lohnbewegung, eventuell den Streik zu unternehmen. Nur in Rücksicht auf den Generalstreik hielten sich diese Arbeiter noch zurück, werden nun aber, da bis zur Beschlußfassung über die Gesetzesvorlagen noch mehrere Wochen vergehen können, nicht mehr warten. In Würdigung dieser Verhältnisse hat nun das sozialdemokratische Hauptorgan „Het Volk“ erklärt, man müsse vom politischen Streik absehen. Dieser würde das Bürgerthum mit Angst erfüllen und der Reaktion die dieser so notwendige Verstärkung bringen, während sie jetzt jeden Tag an Terrain verliert. Es ist nicht unmöglich, daß diese Erklärung des sozialdemokratischen Organs dazu führt, daß die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten sich löst und jeder Theil die Agitation gegen die Gesetzesvorlagen gesondert führen wird.

## Aus Nah und Fern.

**Einen schneidigen Polizeipräsidenten** hat die Stadt Magdeburg. Die Maßnahmen dieses Polizeigewaltigen haben nicht nur die weitesten Kreise in aufregende Spannung versetzt, sondern auch bereits wiederholt den preussischen Polizeiminister v. Hammerstein veranlaßt, den Herrn Polizeipräsidenten in empfindlicher Weise zu rektifizieren. Kürzlich kam im preussischen Abgeordnetenhause zur Sprache, daß der Polizeipräsident durch seine Organe auf die Bestitzer von Wirtschaften und Caffés seinen Einfluß dahin ausüben läßt, daß diese Bestitzer die „Volksstimme“ abbestellen. Der Polizeiminister bezeichnete ein solches Verfahren als unzulässig. Aber nicht nur wegen unser Bruderblatt kann der Herr Polizeipräsident seine Macht in ungesetzlicher Weise üben, auch Ordnungsbücher müssen sich eine gleiche Behandlung gefallen lassen, wenn sie es aus irgend einem Grunde bei dem Herrn Polizeiregenten versehen haben. So z. B. die „Magdeburger Neuesten Nachrichten“. Dies Blatt hatte den „Rath“, die unglaublichen Maßnahmen des Polizeipräsidenten entschieden zu kritisieren. Den höchsten Unwillen des Polizeipräsidenten erregten nun die Veröffentlichungen der Ordnungsbücher über den Fall Barrison. Die bekannte Dona Barrison trat seit einiger Zeit in Magdeburger Walthallentheater auf. In ihrem Programm hat sie eine etwas pikante Subdivergenz, die plötzlich die Sittlichkeitsbedenken des Polizeipräsidenten erregt hatte. Der Polizeigewaltige verbietet das Auftreten der Barrison, der Minister hob aber die Maßnahme auf die persönliche Vorstellung des Direktors sofort auf. Seitdem kann die Dona auch in Magdeburg ungehindert ihre Pikanterien täglich vor einem zahlreichen Publikum anbringen. Durch die Veröffentlichung dieser Niederlage des Polizeipräsidenten wurde dieser auf das Heftigste gegen das bürgerliche Blatt angebracht. Was that nun der Polizeiberst? Seit einigen Tagen läßt er das Geschäftshaus des Blattes durch Kriminalassistenten überwachen. Die aus- und ein-

gehenden Zeitungsträgerinnen werden auf offener Straße angehalten, nach der Zahl der von ihnen ausgegebenen Zeitungsexemplare gefragt, wann das Aushängen beginne, wann es beendet sei, ob die Abonnentenzahl steige u. s. w. Neben diesen Vernehmungen auf öffentlicher Straße finden solche im Polizeipräsidium statt. Hierbei werden Fragen vorgelegt, deren Beantwortung nur unter einer sonst strafrechtlich zu verfolgenden Preisgebung der Geschäftsgheimnisse möglich ist. Was wird nun der Polizeiminister zu solchen Polizeipräsidentenstücken sagen? Die Antwort wird ja wohl nicht lange auf sich warten lassen.

**Ein Soldatendrama.** Der Trainisoldat Friedrich Heyer vom Magdeburgischen Trainbataillon Nr. 4 hat sich wegen Mißhandlungen durch Getränke das Leben genommen. Friedrich Heyer war zum Militärdienst eingezogen worden, trotzdem er ein Krüppel war und wegen Quetschung des rechten Fußes und der rechten Wade Unfallrente bezog. Wahrscheinlich waren infolge dieses körperlichen Gebrechens seine Leistungen nach Ansicht seiner unteren Vorgesetzten unbefriedigende, wodurch er sich, nach seinen Äußerungen seinem Vater gegenüber, Mißhandlungen zuzog. Daß die ihm zu theil gewordene Behandlung eine ihm unerträgliche gewesen sein muß, beweist, daß er desertirte und den Tod durch Ertränken suchte. Heyer wurde seit dem 28. Januar vermisst. Am 3. Februar wendete sich, wie die „Magdeb. Volksstimme“ mittheilt, sein Vater an den Bataillonskommandeur, um unter Mittheilung der Äußerungen seines Sohnes die Vermuthung zu äußern, daß diese Mißhandlungen zur Desertirung getrieben hätten. Trotz eines sehr verbindlichen Schreibens des Kommandeurs und eines ebenfalls entgegenkommend gehaltenen Briefes des Bataillonskommandeurs wurde indes das Verfahren gegen die von dem Vater des verschwundenen Trainisoldaten bezichtigten unteren Vorgesetzten vom Kriegsgericht niedergeschlagen, da die Angaben des angeblich Mißhandelten nicht als ausreichendes Belastungsmaterial angesehen seien. Am Sonnabend vor acht Tagen wurde dann die Leiche des Vermissten aus dem Wasser gezogen. Erst am Montag darauf erhielt der Vater durch die Militärbehörde Kenntniß hiervon, trotzdem die Leiche bereits am Sonnabend agnoszirt worden war. Noch auffälliger aber ist, daß der Wachmeister des auf so traurige Weise ums Leben gekommenen Soldaten Heyer den Vater desselben am Sonntag in Magdeburg getroffen, ihn begrüßt, aber nichts von der Auffindung seines Sohnes gesagt hat.

**Ihren Austritt aus der Landeskirche** haben aus dem kleinen Dorfe Lobbes, Kreis Zauch-Belzig, 27 Hausväter bei dem Amtsgericht in Belzig angemeldet.

**Wertwürdige Vorgänge im Hintergrunde der sächsischen Hof-Affaire** müssen noch verborgen sein. Ein Telegramm aus Salzburg stellt fest, daß das Gerücht verbreitet gewesen sei, Louise von Toskana habe einen Selbstmordversuch unternommen und fährt dann fort: Dies Gerücht wird an zuständiger Stelle als gegenstandslos bezeichnet. Immerhin ist die Prinzessin in einer Aufregung, daß man befürchtet, sie könne sich zu unüberlegten Schritten hinreißen lassen, weshalb sie streng bewacht wird. Die Prinzessin rief bei der Nachricht von der Veröffentlichung des königlichen Erlasses aus: „Wie ist es möglich, daß man mir mein Schweigen so dankt!“ Sie hatte die Absicht, mit den Gründen ihrer Flucht an die Öffentlichkeit zu treten; sie konnte nur mit Mühe von ihren Angehörigen und ihrem Rechtsbeistande davon abgehalten werden. Der Zustand der Prinzessin ist infolge der Aufregung äußerst bedenklich. — Weshalb wehrt man der angegriffenen Frau, sich zu vertheiligen? Welche höchsten Rücksichten hat sie, hat der Republikaner zu nehmen?

**Ein granatvolle Begebenheit** häß, wie dem „Frankf. Gen.-Anz.“ aus Frohhausen bei Seligenstadt berichtet wird, dort die Bevölkerung in Erregung. Der Todengräber Bilz entdeckte bei seinem neulichen Rundgange die Kugelsätze der am 3. Februar d. J. beerdigten Margarethe Kiesel in einem Zustande der Zerkürung, der die Annahme rechtfertigt, das Grab sei kurz vorher geöffnet und dann wieder zugesichert worden. Die eingeleitete gerichtliche Untersuchung bestätigte diese Vermuthung. Der Leichnam wurde gerichtlich ausgegraben. Dabei fand man den Sargdeckel verkehrt — die Innenseite nach oben gerichtet — über

der Leiche liegend. Der Sarg zeigte mehrfache Spuren gewaltsamer Oeffnung. Die schon erheblich in Verwesung übergegangen und aus ihrer ursprünglichen Lage gebrachte Leiche selbst war theilweise entblüßt und das Leichengewand war in beträchtlicher Unordnung, die Hände nicht mehr gefaltet usw. Eine Veranbarung oder weitere Schändung der Leiche wurde indessen nicht festgestellt.

**Ueber ein nettes Toleranzstückchen** berichtet man der „Frankf. Ztg.“ aus Hagen i. B.: Ein sehr angesehenen Bürger im benachbarten Gerelsherg, der mit seiner Gattin seit 28 Jahren in glücklichster Ehe lebt, hatte diese Ehe damals, von seinem gesetzlichen Gebrauch machend, „nur“ standesamtlich legalisiren lassen. Unangefochten hat bisher dieser Bürger, der seit vielen Jahren auch das Ehrenamt eines Stadtverordneten bekleidet, sein Wahlrecht bei der evangelischen Gemeinde ausgeübt. Jetzt auf einmal erhält er vom Presbyterium die Aufforderung, innerhalb vier Wochen die kirchliche Trauung nachholen zu lassen, andernfalls das Presbyterium sich genöthigt sehe, ihn nach § 4 des Kirchengesetzes der Fähigkeit, ein kirchliches Amt zu bekleiden, des kirchlichen Wahlrechts, sowie des Rechts der Taufpathenschaft verlustig zu erklären. Die Drohung wird nun allerdings wirkungslos bleiben. Das Ehepaar verzichtet auch weiter auf die kirchliche Sanktion seiner Ehe und begnügt sich mit der staatlichen Anerkennung seines Herzenabändnisses.

**Ein wichtiger Urtheil über die Schadenersatzpflicht von Umsetzpersonen** fällt die vierte Zivilkammer des Landgerichtes in Düsseldorf. Es wird der „Volkszeitung“ darüber berichtet: Durch eine im Mai v. J. von dem Dezernenten der Polizeiverwaltung, Dr. Wülffing, erlassene polizeiliche Verfügung waren dem Droschkenfahrer Gülland die Fahrten mit seiner Droschke untersagt worden, da diese nicht ordnungsgemäß und nicht konzeffionirt sei. Gegen diese Verfügung erstritt Gülland im Verwaltungsstreitverfahren ein obsiegendes Urtheil, indem der Düsseldorfer Bezirksauschuss die Verfügung als unberechtigt aufgehob. Nachdem dieser Bescheid Rechtskraft erlangt hatte, erhob Gülland beim Landgericht sowohl gegen den Oberbürgermeister Marti wie auch gegen den Polizeidezernenten Dr. Wülffing Entschädigungsklage in Höhe von 2000 Mark dafür, daß er seine Droschke während der ganzen Ausstellungszeit nicht habe benutzen können. Die vierte Zivilkammer hat nunmehr die Klage gegen den Oberbürgermeister Marti zurückgewiesen, dagegen den Polizeidezernenten Dr. Wülffing zum vollen Schadenersatz verurtheilt.

**Massenhafter Heringsfang in Norwegen.** Vor einiger Zeit wurde bekanntlich die Bevölkerung der nördlichen Küstengebiete Norwegens durch das vollständige Ausbleiben der Fische, die sonst nicht an die Küste zu kommen pflegen, geradezu in Schrecken gesetzt. Anscheinend waren die Seehunde, die sich in ungeheurer Zahl an den Küsten eingefunden hatten, die Urheber dieser auffallenden Erscheinung. Inzwischen haben sich die ungeliebten Gäste wieder entfernt, und der Fischefang beginnt sich zur Freude der bedrängten Gebiete wieder zu beleben. Aber in einer unerhörten Massenhaftigkeit treten die Heringschwärme an der südlicheren Westküste auf. Ein solcher Segen ist überhaupt noch nicht dagewesen. Die Heringschwärme dringen bis in die innersten Winkel der Fjorde und kommen buchstäblich bis an die Fischerhütten. Ueberall herrscht Freude und große Betriebsamkeit. Der Ueberfluß wird besonders nach England verkauft.

**Von einem entsetzlichen Wettlauf mit dem Tode** berichtet der Ugramer Korrespondent des „W. L.-Anz.“: Ein dortiger Bürger wollte gegen die zehnte Abendstunde von Ugram in das jenseit des Savestroms gelegene Gebiet gelangen. Um sich den Weg abzukürzen, ging er über die große eiserne Eisenbahnbrücke, die den Fluß überspannt. Der Mann befand sich kaum in der Mitte der Brücke, als der von Ugram gegen Karlsbad verkehrende Nachtzug heranbraute. Als der Unglückliche den Zug herankommen sah, begann er wie wahnsinnig zu laufen, wobei er unablässig schrie. Unerklärlicherweise entdeckte der Zugführer den Mann nicht, während die Lokomotive immer näher heranbraute. Der Unglückliche sah die rothen Lichter vor sich auftauchen und, an Rettung verzweifeln, sprang er über das Brückengeländer in den Strom, in dessen reißenden Fluthen er seinen Tod fand. Die Leiche wurde erst nach langem Suchen aufgefunden.

„Wer konnte das denken!“ waren auch die ersten Worte, mit welchen sie dem Vater gegenüber ihren Gedanken Ausdruck gab.

„Ja, freilich mein Kind,“ bestätigte der gute alte Mann mit bestimmter Miene, „ich sehe, Dich greiß's an. Was, hättest Du nicht, gleich mir, goldene Berge auf ihn gebaut? Und nun? Und gar so gemein, so wohlhabend? — nein, 's ist ja absehlich! Wir thut es in unserer Seele weh, daß ein Mensch mit einem solchen biederen hübschen Gesicht herumgehen, durch seine Liebenswürdigkeit sich in unser Herz fesseln soll — und hinterher diese schändliche Enttäuung. Meiner Seele, mir ist's, als habe mir heute einer ein Stück meiner eigenen Weltanschauung geraubt — denn wenn soll man noch trauen, auf wen soll man sich denn noch verlassen können, wenn die Schürken mit einer solchen Maske herumlaufen?!“

Maria mußte sich abwenden, als sie eine Thräne im Auge ihres Vaters sah. Sie wollte sich keinem Schmerz, keinen weichen Gefühlen mehr hingeben — verhärtet wollte sie ihr Herz, dessen erste Liebesempfindung ihr eine so herbe Enttäuschung bereitet hatte. Ja, ihr Vater hatte ja so Recht: was war noch Vertrauen zu schenken, wenn Der betrog? — Und warum jauch ihr Gemüth noch eine Entschuldigungs für die Reizung, die sie jetzt sah wie eine Sünde betradete.

Wie dachte sie jetzt ihrem Geschick, daß sie sich dem Bösewicht noch nicht anvertraut, daß sie ihren Gefühlen ihn gegenüber noch keine Worte gesprochen hatte. Sie lebte jetzt nur noch in der Angst, daß Hügel in seiner Verantwortung vor dem Richter — ihrem Namen erwähnen werde, sie als Diebin bezichtigt werde, um deren Verthigung er die Besten des Reichthums betreiben habe. Um Gottes willen — sie dachte gar nicht daran, was das werden sollte, wenn er wirklich ihren Namen in die Geschichtsbücher ihrer Vergangenheit verflocht — wie arg müßte da nur der Elend werden, der schon jetzt das kleine Stübchen durchsuchte, wo man schon mit Fingern auf das Haus von

J. M. Sandler u. Co. deutete, in welchem der ziemlich allgemein bekannte Buchhalter — zum Verbrecher geworden war.

„Gott sei Dank hierin sollten sich die Befürchtungen Marie's als grundlos erweisen!“

Hügel erwähnte des geliebten Mädchens mit keinem Worte, und wie hätte er sie als die indirekte Ursache des ihm zur Last gelegten Vergehens nennen sollen, wo er dieses ja fortgesetzt leugnete? — es war nicht das geringste Gehändnis aus ihm herauszubekommen. Vergebens stellte ihm der Amtmann mit aller Milde vor, er könne durch fortgesetzte Verschöndelung seine Lage keineswegs erleichtern — Leopold blieb bei der Weigerung seiner Unschuld. Und wenn ihm Ramberg die niederschmetternden Beweise vor Augen hielt, dann suchte er höchstens die Achseln — und schweig.

Endlich kam der Amtmann auf den Gedanken, die Mutter Leopold's zu Hülfe zu rufen, daß sie mit ihrem Zusprache den Angeklagten zu einer Aenderung seines Starrsinnes bewege.

Hügel wachte laut, als die bekümmerte alte Frau, die der Schmerz, der ihr in letzter Zeit widerfahren war, schier außer sich hatte, — ihm zu Füßen stürzte und ihn mit verzweifelnden Händen beschwor, doch um Himmels willen ein reumüthiges Gehändnis abzulegen.

Das brach die letzte Kraft des Armen. Er hatte bisher noch fest an dem Gedanken gehalten, daß wenigstens ein Rest existire, das noch an ihn glaube, das von seiner Schuldlosigkeit überzeugt sei. Daß aber auch sie, die innig geliebte Mutter an ihm und seiner Redlichkeit zweifeln konnte, das brach ihm am fürchterlichsten zu Boden. Daß Marie etwa an ihm glauben könne, daß wagte er nun schon gar nicht mehr zu hoffen, da sie ja doch seine That mit den Augen ihres Vaters ansehen mußte. — Es gab also keine Stimme mehr für ihn!

Er gab es endlich ganz und gar auf, seine Unschuld zu behaupten; er gestand nicht, er schüttelte noch immer den

Kopf, wenn man an ihn eine diesbezügliche Frage stellte, aber er zeigte keinen Schmerz, seine Thränen nicht mehr stumpf vor sich hinstarrend, sah er in seiner Zelle, mechanisch folgte er dem Gefängniswärter, wenn er ihn zum Verhör führte, apathisch ließ er sich wieder einschließen — und keine Klage kam mehr von seinen Lippen. Dem Arzt, den man zu ihm schickte, da man schon so etwas wie den Ausbruch des Wahnsinns bei ihm fürchtete, dem antwortete er auf seine Fragen, er verlange nichts, gar nichts mehr — als endlich abgeurtheilt zu werden! Es fehlte ihm nichts — als das Grab, in das er, je eher, je lieber steigen möchte.

Der Amtmann bemitleidete ihn tief und hätte von Herzen gewünscht, sein Loos verbessern zu können, aber was konnte er thun? Er mußte den Angeklagten zur gegebenen Frist aus Kreisgericht abliefern, das über ihn endgültig aburtheilen sollte. Ramberg wußte genau, daß — wie das Urtheil auch ausfallen möge — es für Hügel kein günstiges sein, daß dieser aber auch in keinem Falle dagegen rekurren werde.

Unmöglich glätteten sich auch die Wellen, die die Affaire Hügel in der biederen Gesellschaft des Kleinbüdchens geworfen hatte; mit der Neuheit des Ereignisses stumpfte sich auch — wie gewöhnlich — das allgemeine Interesse daran ab. Nur einmal noch wurde der Fall vorübergehend in lebhafteste Diskussion gezogen, als nämlich nach einigen Monaten das Urtheil bekannt wurde, das das Kreisgericht über Leopold Hügel gefällt hatte; es lautete — auf drei Jahre Zuchthaus.

Ramberg sollte wirklich Recht behalten: der Verurtheilte blieb zwar auch dann noch dabei, er sei unschuldig — aber er ergriff keinen Einspruch gegen das Verdict, das ihn auf drei Jahre in die Strafanstalt bannte und ihn — vorausichtlich für immer aus der Liste der ehrlichen Leute strich; so will es ja wenigstens die große Nachjustiz, die von der menschlichen Gesellschaft mit graunämiger Gewissenhaftigkeit geübt wird. (Fortsetzung folgt.)